



Pressespiegel

Chancenreich: Bündnis für Inklusion am
Arbeitsmarkt

06.05.2026

Inhaltsverzeichnis

S. 4 **Audio & Video**

- S. 4 **Bündnis für Inklusion: Sparen gefährdet Integration Behinderter**
04.05.2026, ORF 2 - Wien Heute, Seite orf on
- S. 5 **Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Behinderung deutlich gestiegen**
04.05.2026, ORF 2 - ZIB, Seite orf on

S. 6 **Printmedien**

- S. 6 **Ausgebremst am Arbeitsmarkt**
09.05.2026, Der Standard, Seite 7
- S. 10 **Inklusion passiert nicht übers Reden**
05.05.2026, Die Presse, Seite 22

S. 13 **Onlinemedien**

- S. 13 **Woran Inklusion am Arbeitsmarkt trotz Personalnot scheitert**
05.05.2026, derstandard.at
- S. 17 **Inklusion passiert nicht übers Reden**
05.05.2026, diepresse.com
- S. 19 **Erstes österreichweites Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt gegründet**
04.05.2026, MeinBezirk, Seite www.meinbezirk.at
- S. 20 **Erstes Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt präsentiert Forderungen**
04.05.2026, katholisch.at
- S. 23 **Erstes Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt präsentiert Forderungen**
04.05.2026, kathpress.at
- S. 26 **Neues Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt**
05.05.2026, kijuku.at
- S. 30 **„Chancenreich“ – sich selber erhalten statt Taschengeld**
05.05.2026, kijuku.at
- S. 38 **NGOs und Unternehmen warnen vor Kürzungen bei Inklusion**
04.05.2026, kleinezeitung.at
- S. 40 **Gemeinsam für Inklusion und gegen Kürzungen**
04.05.2026, kobv.at
- S. 42 **Unternehmen warnen vor Kürzungen bei Inklusion**
04.05.2026, krone.at
- S. 44 **Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt präsentiert Forderungen**
04.05.2026, orf.at
- S. 47 **NGOs und Unternehmen warnen vor Kürzungen bei Inklusion**
04.05.2026, orf.at
- S. 49 **Erstes Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt: Unternehmen und NGOs vereinen ihre Kräfte**
04.05.2026, ots.at
- S. 52 **NGOs und Unternehmen warnen vor Kürzungen bei Inklusion**
04.05.2026, puls24.at
- S. 54 **NGOs und Unternehmen warnen vor Kürzungen bei Inklusion**
04.05.2026, sn.at
- S. 56 **Erstes Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt: Unternehmen und NGOs vereinen ihre Kräfte**
04.05.2026, top-news.at

- S. 59 **NGOs und Unternehmen warnen vor Kürzungen bei Inklusion**
04.05.2026, vienna.at
- S. 61 **NGOs und Unternehmen warnen vor Kürzungen bei Inklusion**
04.05.2026, vol.at
- S. 63 **„Lohn statt Taschengeld muss Realität werden!“**
07.05.2026, advantage.at

Audio & Video

ORF 2 - Wien Heutevom 04.05.2026

Bündnis für Inklusion: Sparen gefährdet Integration Behinderter

Bündnis für Inklusion: Sparen gefährdet Integration Behinderter | Philippe Narval (Lebenshilfe) über Herausforderungen für Inklusionsprojekte



APA/APA-Comm übernimmt keinerlei Verantwortung für selbst erstellte Meldungen und deren Inhalte, sondern ist hierbei lediglich technischer Dienstleister. Die alleinige rechtliche Verantwortung für das Hochladen der Inhalte liegt ausschließlich bei dem/der Nutzer:in, der/die die Meldung erstellt hat und diese/r hat auch dafür Sorge zu tragen, dass sämtliche Urheber- und verwandte Schutzrechte beachtet werden.

Quelle	ORF 2 - Wien Heute
Typ	Eigene Meldungen
Adresse	https://on.orf.at/video/14321915/16082128/buendnis-fuer-inklusion-sparen-gefaehrdet-integration-behinderter
Reichweite	-
Engagement	-

Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Behinderung deutlich gestiegen

In Österreich ist die Zahl arbeitslos gemeldeter Menschen mit Behinderung beim AMS auf über 19.000 gestiegen, ein Plus von mehr als 12 Prozent. Ein neu vorgestelltes Bündnis will dieser Entwicklung entgegenwirken und die Inklusion am Arbeitsmarkt stärken.



APA/APA-Comm übernimmt keinerlei Verantwortung für selbst erstellte Meldungen und deren Inhalte, sondern ist hierbei lediglich technischer Dienstleister. Die alleinige rechtliche Verantwortung für das Hochladen der Inhalte liegt ausschließlich bei dem/der Nutzer:in, der/die die Meldung erstellt hat und diese/r hat auch dafür Sorge zu tragen, dass sämtliche Urheber- und verwandte Schutzrechte beachtet werden.

Quelle	ORF 2 - ZIB
Typ	Eigene Meldungen
Adresse	https://on.orf.at/video/14321598/16081865/arbeitslosigkeit-bei-menschen-mit-behinderung-deutlich-gestiegen
Reichweite	-
Engagement	-

Printmedien

Der Standard vom 09.05.2026

Ausgebremst am Arbeitsmarkt

Nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderung in Österreich gehen einer Erwerbsarbeit nach. Ein neues Bündnis will das ändern – und dabei mit hartnäckigen Vorurteilen aufräumen.

Am 1. April knallten im Café Insieme in Schwaz in Tirol die Sektkorken. Der Anlass: Verena Köll feierte ihr einjähriges Jubiläum als Angestellte des Lokals. Dass die junge Frau mit kognitiver Beeinträchtigung heute hinter der Bar steht und die Tische von Gästen abräumt, ist nicht selbstverständlich.

Menschen mit Behinderung haben es am heimischen Arbeitsmarkt schwer. Laut Daten der Statistik Austria sind derzeit nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderung in Österreich erwerbstätig. Betroffene kennen die Situation: Wenn das Bewerbungsgespräch in letzter Minute abgesagt wird, weil es doch keinen barrierefreien Zugang gibt oder auf Bewerbungen ohnehin keine Rückmeldung kommt.

„Wir sind von einem inklusiven Arbeitsmarkt weit entfernt“, urteilte Anna Paar, Generalsekretärin der Caritas Österreich am Montag bei einem Pressegespräch. Und angesichts der klammen Budgetlage befürchtet sie für die kommenden Jahre weitere Kürzungen in ihrem Bereich. Einsparungen, etwa bei Qualifizierungen oder Coachings für Menschen mit Behinderung, würden aber langfristig betrachtet hohe Kosten für die Zukunft verursachen, warnen Fachleute.

Reaktionen der Kunden

Anlässlich des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai präsentierte sich am Montag das „Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt – Chancenreich“. Auch Verena Köll und ihre Chefin Lina Kasapoglu waren dafür eigens nach Wien gekommen. Das Ziel des Zusammenschlusses aus Sozialorganisationen und Unternehmen (siehe Infobox): die Inklusion am Arbeitsmarkt weiter vorantreiben.

Zwar seien mittlerweile viele österreichische Betriebe sehr offen dafür, Menschen mit Behinderung einzustellen, berichtete Philippe Narval, Generalsekretär der Lebenshilfe Österreich, bei dem Termin. Er sieht aber weiterhin viele Barrieren. Sehr verbreitet sei beispielsweise bei Unternehmen der Irrglaube, dass Menschen mit Behinderung von Anfang an einen erhöhten Kündigungsschutz hätten. Einen solchen erlangen sie aber erst nach vier Jahren Beschäftigung.

In manchen Branchen gebe es auch Vorbehalte dazu, wie die Reaktionen der Kundschaft auf die neue Mitarbeiterin oder den neuen Mitarbeiter ausfallen könnten. Zu Unrecht, wie Narval betont: Ein Möbelhaus, das Menschen mit Behinderung eingestellt habe,

habe zum Beispiel sogar extrem positive Rückmeldungen von Kundinnen und Kunden bekommen.

„Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist kein Sozialprojekt, sondern eine Frage von Gerechtigkeit und Vernunft“, betonte Andreas Jesse, Vorstand des Dachverbands Berufliche Inklusion Austria. Aber nicht nur das: In Zeiten des Fachkräftemangels zahle es sich für Unternehmen auch schlichtweg aus, nicht eine ganze Gruppe an Menschen von vornherein bei Bewerbungen auszusortieren.

Das fehlende Personal war auch Antrieb von Lina Kasapoglu, Inhaberin des erwähnten Café Insieme in Tirol, als Verena Köll sich bei ihr nach einer Stelle erkundigte: „Man kriegt eh keine Leute und sucht so viele Mitarbeiter, warum sollte Verena keine Chance kriegen?“ Bedenken habe es zuallererst aber auch gegeben: „Meine größte Angst war: Was, wenn etwas passiert?“, etwa im Umgang mit den Gästen oder im Umgang mit Maschinen und Gläsern.

Zahlreiche Angebote

Was viele Unternehmen aber nicht wissen: Es gibt eine breite Palette an Unterstützungsangeboten für Menschen wie Verena Köll. In ihrer ersten Praktikumswoche wurde sie von einem Mitarbeiter der „Job.Chance.Tirol“ der Lebenshilfe Tirol unterstützt: „Er war wie ein Gast da, hat Verena begleitet und Tipps gegeben.“

Am Ende der zweiten Woche hat Kaffeehausbesitzerin Kasapoglu dann entschieden, Verena die Chance auf 20 Stunden Anstellung zu geben. „Ich habe die Hände vor Freude in die Höhe gerissen“, erinnert sich diese. „Und ich habe selbst mit den Tränen gekämpft“, sagt ihre heutige Chefin. Anstelle von 55 Euro pro Monat, die Verena Köll als Taschengeld zuvor in einem inklusiven Gastro-Projekt monatlich bekam, verdient sie heute 900 Euro netto. „Mein Leben hat sich total verändert“, sagt sie heute. Und ihre Chefin ist überzeugt: „Jeder Mensch hat eine Probezeit verdient.“

So ein Happy End gibt es aber nicht immer. Ein weiteres Problem ist für Lebenshilfe-Chef Philippe Narval auch die Zerspragelung in Bundes- und Länderkompetenzen. So gibt es beispielsweise in manchen Bundesländern kein Rückkehrrecht in Tagesstrukturen. Das bedeutet: Wenn jemand versucht, im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, kann er oder sie nicht wieder in diesen geschützten Bereich zurückkehren, wenn der Einstieg in die Berufswelt doch nicht klappt. „Das könnte man mit einem Federstrich ändern“, so Narval. Seit 30 Jahren werde darüber diskutiert. Weitere Forderungen des Bündnisses sind eine verlässliche Finanzierung der bestehenden Strukturen, die Absicherung des Ausgleichstaxfonds (ATF), der Mittel zur beruflichen Inklusion bereitstellt, und eine Stärkung inklusiver Bildung.

Eine Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt ist das „Chancen Nutzen Büro“ des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB). Auch bei den Beratungsgesprächen macht sich die schwierige wirtschaftliche Lage, in der sich viele Unternehmen befinden, bemerkbar. „In Krisenzeiten sind es immer die Schwächsten, die als Erste in Gefahr kommen, ihre Arbeitsplätze zu verlieren“, sagt Patrick Berger, Leiter der Beratungsstelle zum STANDARD. Die Einrichtung informiert Betroffene, aber auch Arbeitgeber über Unterstützungsmöglichkeiten für vulnerable Personengruppen – etwa in puncto Förderung und Qualifizierung.

Echte Teilhabe

„Grundsätzlich ist die Bereitschaft, in diese Richtung etwas zu tun, bei vielen Unternehmen derzeit gering“, beobachtet er. Dabei ist auch er überzeugt, dass es für das Selbstwertgefühl und die Psyche zentral ist, eine Arbeitsstelle zu halten, um echte Teilhabe und Inklusion zu erleben.

So wie Verena Köll, die mittlerweile aus dem Café Insieme nicht mehr wegzudenken ist, wie ihre Chefin Lina Kasapoglu betont: „Wenn Verena nicht da ist, geht sie ab.“

Quelle	Der Standard
Mutation	Bundesland Abend, Bundesland
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Autor:in	Franziska Zoidl
Sprache	Deutsch
Reichweite	647.000
Engagement	-



MUTTERTAG

Das Sparpaket der Regierung belastet vor allem Frauen und Familien – und verstärkt die Ungleichheit.

Seite K 2

LAMPENFIEBER

Wie man die Angst vor dem Sprechen überwindet

Seite K 6

Ausgebremst am Arbeitsmarkt

Nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderung in Österreich gehen einer Erwerbsarbeit nach. Ein neues Bündnis will das ändern – und dabei mit hartnäckigen Vorurteilen aufräumen.

Franziska Zoidl

Am 1. April knallten im Café Insieme in Schwaz in Tirol die Sektkorken. Der Anlass: Verena Köll feierte ihr einjähriges Jubiläum als Angestellte des Lokals. Dass die junge Frau mit kognitiver Beeinträchtigung heute hinter der Bar steht und die Tische von Gästen abräumt, ist nicht selbstverständlich.

Menschen mit Behinderung haben es am heimischen Arbeitsmarkt schwer. Laut Daten der Statistik Austria sind derzeit nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderung in Österreich erwerbstätig. Betroffene kennen die Situation: Wenn das Bewerbungsgespräch in letzter Minute abgesagt wird, weil es doch keinen barrierefreien Zugang gibt oder auf Bewerbungen ohnehin keine Rückmeldung kommt.

„Wir sind von einem inklusiven Arbeitsmarkt weit entfernt“, urteilte Anna Paar, Generalsekretärin der Caritas Österreich am Montag bei einem Pressegespräch. Und angesichts der klammen Budgetlage befürchtet sie für die kommenden Jahre weitere Kürzungen in ihrem Bereich. Einsparungen, etwa bei Qualifizierungen oder Coachings für Menschen mit Behinderung, würden aber langfristig betrachtet hohe Kosten für die Zukunft verursachen, warnen Fachleute.

Reaktionen der Kunden

Anlässlich des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai präsentierte sich am Montag das „Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt – Chancenreich“. Auch Verena Köll und ihre Chefin Lina Kasapoglu waren dafür eigens nach Wien gekommen. Das Ziel des Zusammenschlusses aus Sozialorganisationen und Unternehmen (siehe Infobox): die Inklusion am Arbeitsmarkt weiter vorantreiben.

Zwar seien mittlerweile viele österreichische Betriebe sehr offen dafür, Menschen mit Behinderung einzustellen, berichtet Philippe Narval, Generalsekretär der Lebenshilfe Österreich, bei dem Termin. Er sieht aber weiterhin viele Barrieren. Sehr verbreitet sei beispielsweise bei Unternehmen der Irrglaube, dass Menschen mit Behinderung von Anfang an einen erhöhten Kündigungsschutz hätten. Einen solchen erlangen sie aber erst nach vier Jahren Beschäftigung.

In manchen Branchen gebe es auch Vorbehalte dazu, wie die Reaktionen der Kundschaft auf die neue Mitarbeiterin oder den neuen Mitarbeiter ausfallen könnten. Zu Unrecht, wie Narval betont: Ein Möbelhaus, das Menschen mit Behinderung eingestellt habe, habe zum Beispiel sogar extrem positive Rückmeldungen von Kundinnen und Kunden bekommen.

„Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist kein Sozialprojekt, sondern eine Frage von Gerechtigkeit und Vernunft“, betonte Andreas Jesse, Vorstand des Dachverbands Berufliche Inku-

sion Austria. Aber nicht nur das: In Zeiten des Fachkräftemangels zahle es sich für Unternehmen auch schlichtweg aus, nicht eine ganze Gruppe an Menschen von vornherein bei Bewerbungen auszusortieren.

Das fehlende Personal war auch Antrieb von Lina Kasapoglu, Inhaberin des erwähnten Café Insieme in Tirol, als Verena Köll sich bei ihr nach einer Stelle erkundigte: „Man kriegt eh keine Leute und sucht so viele Mitarbeiter, warum sollte Verena keine Chance kriegen?“ Bedenken habe es zuallererst aber auch gegeben: „Meine größte Angst war: Was, wenn etwas passiert?“, etwa im Umgang mit den Gästen oder im Umgang mit Maschinen und Gläsern.

Zahlreiche Angebote

Was viele Unternehmen aber nicht wissen: Es gibt eine breite Palette an Unterstützungsangeboten für Menschen wie Verena Köll. In ihrer ersten Praktikumswoche wurde sie von einem Mitarbeiter der „Job.Chance.Tirol“ der Lebenshilfe Tirol unterstützt: „Er war wie ein Gast da, hat Verena begleitet und Tipps gegeben.“

Am Ende der zweiten Woche hat Kaffeehausbesitzerin Kasapoglu dann entschieden, Verena die Chance auf 20 Stunden Anstellung zu geben. „Ich habe die Hände vor Freude in die Höhe gerissen“, erinnert sich diese. „Und ich habe selbst mit den Tränen gekämpft“, sagt ihre heutige Chefin. Anstelle von 55 Euro pro Monat, die Verena Köll als Taschengeld

zuvor in einem inklusiven Gastro-Projekt monatlich bekam, verdient sie heute 900 Euro netto. „Mein Leben hat sich total verändert“, sagt sie heute. Und ihre Chefin ist überzeugt: „Jeder Mensch hat eine Probezeit verdient.“

So ein Happy End gibt es aber nicht immer. Ein weiteres Problem ist für Lebenshilfe-Chef Philippe Narval auch die Zerspragelung in Bundes- und Länderkompetenzen. So gibt es beispielsweise in manchen Bundesländern kein Rückkehrrecht in Tagesstrukturen. Das bedeutet: „Mein Leben hat sich total verändert“, sagt sie heute. Und ihre Chefin ist überzeugt: „Jeder Mensch hat eine Probezeit verdient.“

So ein Happy End gibt es aber nicht immer. Ein weiteres Problem ist für Lebenshilfe-Chef Philippe Narval auch die Zerspragelung in Bundes- und Länderkompetenzen. So gibt es beispielsweise in manchen Bundesländern kein Rückkehrrecht in Tagesstrukturen. Das bedeutet: „Mein Leben hat sich total verändert“, sagt sie heute. Und ihre Chefin ist überzeugt: „Jeder Mensch hat eine Probezeit verdient.“

verlieren“, sagt Patrick Berger, Leiter der Beratungsstelle zum STANDARD. Die Einrichtung informiert Betroffene, aber auch Arbeitgeber über Unterstützungsmöglichkeiten für vulnerable Personengruppen – etwa in puncto Förderung und Qualifizierung.

Echte Teilhabe

„Grundsätzlich ist die Bereitschaft, in diese Richtung etwas zu tun, bei vielen Unternehmen derzeit gering“, beobachtet er. Dabei ist auch er überzeugt, dass es für das Selbstwertgefühl und die Psyche zentral ist, eine Arbeitsstelle zu halten, um echte Teilhabe und Inklusion zu erleben.

So wie Verena Köll, die mittlerweile aus dem Café Insieme nicht mehr wegzudenken ist, wie ihre Chefin Lina Kasapoglu betont: „Wenn Verena nicht da ist, geht sie ab.“

Über das „Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt – Chancenreich“

Dahinter stehen Organisationen und Dachverbände wie Caritas Österreich, Dachverband Berufliche Inklusion Austria, Diakonie Österreich, KOBV Österreich, Lebenshilfe Österreich, ÖZIV und Zero Project sowie Unternehmen wie Ikea Österreich, Interspar, die Rewe Group und die Post.



ILLUSTRATION: DER STANDARD/FATH AYDOĞDU

Die Presse vom 05.05.2026

Inklusion passiert nicht übers Reden

Tag der Inklusion. Wer Menschen mit Behinderungen beschäftigt, braucht vor allem eines: verlässliche Rahmenbedingungen.

von Kathrin Jungwirth

Warum tun Sie sich das an?“ Diese Frage haben einige gestellt, als mein Mann und ich vor vier Jahren entschieden haben, zwei Mitarbeiter mit Down-Syndrom in unserem Betonwerk im Waldviertel anzustellen. Aber Inklusion passiert nicht übers Reden, sondern übers Machen. Mit dieser Überzeugung sind wir 2022 vor unsere Belegschaft getreten. Die Zweifel im Unternehmen waren groß: Wie soll das gehen? Können die bei uns mitarbeiten? Was, wenn ein Unfall passiert? Eine Inklusionsberaterin, die ich aus Wiener Neustadt einlud, räumte die meisten Bedenken aus dem Weg. Als dann ein altgedienter Facharbeiter vor versammelter Mannschaft meinte: „Na dann probieren wir es halt“ – da wussten mein Mann und ich: Jetzt haben wir das Team auf unserer Seite.

Dann haben wir Jakob Wagner und Gerhard Breineßl fest in unserem Betrieb angestellt. Herr Wagner sagte vor Kurzem zu mir: „Kathrin, jetzt gehör ich richtig dazu.“ Er meinte, damit sei er endlich Teil der Gesellschaft. Er ist sozialversichert und wird eine Pension erhalten. In der Werkstätte davor gab es ein Taschengeld. Noch wichtiger: Wenn die Kollegen zum Volleyballmatch unserer Nordmänner in die Stadt fahren, nehmen sie ihn einfach mit.

Diese Geschichte des Gelingens erzählen wir gerne. Aber sie hat viele Höhen und Tiefen. Warum wird die Anstellung unserer beiden Mitarbeitenden nur für zwei Jahre gefördert, während Lohnkostenzuschüsse in der Arbeitsmarktpolitik anderswo in Europa längst Standard sind? Dabei sparen wir dem Land Niederösterreich Geld. Denn es gibt einen Mehraufwand– die Einschulung ist zeitintensiver, Abläufe mussten neu gedacht werden. Glücklicherweise hatten unsere beiden Mitarbeiter ein Rückkehrrecht in die Werkstätte. Anderswo in Österreich ist es nicht möglich, solche Arbeitsversuche zu machen. Das schreckt vor allem Angehörige oft ab. Auch in unserem Fall ist es wichtig: Weil im Tiefbau Aufträge fehlen – wie für viele in der Branche–, ist Herr Breineßl derzeit wieder in der Tagesstruktur. Wenn sich die Situation ändert, finden wir gemeinsam eine Lösung. Das ist keine Niederlage, sondern Realität. Und genau deshalb braucht es verlässliche Rahmenbedingungen.

Und warum gibt es kein klares politisches Bekenntnis zu einer Schule für alle und einer inklusiven Berufsausbildung? Jakob Wagner hat sich mit dem Selbstbewusstsein, das er bei uns gesammelt hat, für eine Lehre zum Betonfertigteiltechniker entschieden. Als ich beim Sozialministerium um Lernmaterialien in einfacher Sprache bat, hieß es: Die gibt es nicht. Also erstellten wir sie selbst: Fotodokumentationen, einen Lernparcours, vereinfachte Unterlagen. Er wird das schaffen. Aber ich frage mich, warum ich das machen muss. Ich bin Unternehmerin, keine Pädagogin.

Barrieren abbauen

Wir sind vielleicht das einzige inklusive Betonwerk in Österreich. Aber Betriebe, die auf Menschen mit Behinderungen setzen, gibt es viele – und es werden mehr. Deshalb haben wir Unternehmerinnen und Unternehmer uns mit NGOs zusammengetan. Wir gründen das erste, österreichweite „Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt – Chancenreich“. Nur gemeinsam können wir die Barrieren abbauen – auch die in den Köpfen. Apropos: Mein Schotterlieferant hat mich gefragt, ob er das auch hinbekommen könnte mit der Anstellung von Menschen mit Behinderungen – und ob ich ihn dabei unterstützen würde. Sie können sich denken, was ich ihm geantwortet habe.

Kathrin Jungwirth ist Prokuristin der Betonwerk Jungwirth GmbH, Gründerin des Vereins „Hands up for down“. 2023 erhielt sie den ALC-Inklusionspreis NÖ.

Quelle	Die Presse
Mutation	Österreich, Wien
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Sprache	Deutsch
Reichweite	282.000
Engagement	-

Tag der Inklusion. Wer Menschen mit Behinderungen beschäftigt, braucht vor allem eines: verlässliche Rahmenbedingungen.

Inklusion passiert nicht übers Reden

VON KATHRIN JUNGWIRTH

Warum tun Sie sich das an? Diese Frage haben einige gestellt, als mein Mann und ich vor vier Jahren entschieden haben, zwei Mitarbeiter mit Down-Syndrom in unserem Betonwerk im Waldviertel anzustellen. Aber Inklusion passiert nicht übers Reden, sondern übers Machen. Mit dieser Überzeugung sind wir 2022 vor unsere Belegschaft getreten. Die Zweifel im Unternehmen waren groß: Wie soll das gehen? Können die bei uns mitarbeiten? Was, wenn ein Unfall passiert? Eine Inklusionsberaterin, die ich aus Wiener Neustadt einlud, räumte die meisten Bedenken aus dem Weg. Als dann ein altgedienter Facharbeiter vor versammelter Mannschaft meinte: „Na dann probieren wir es halt“ - da wussten mein Mann und ich: Jetzt haben wir das Team auf unserer Seite.

Dann haben wir Jakob Wagner und Gerhard Breineßl fest in unserem Betrieb angestellt. Herr Wagner sagte vor Kurzem zu mir: „Kathrin, jetzt gehör ich richtig dazu.“ Er meinte, damit sei er endlich Teil der Gesellschaft. Er ist sozialversichert und wird eine Pension erhalten. In der Werkstätte davor gab es ein Taschengeld. Noch wichtiger: Wenn die Kollegen zum Volleyballmatch unserer Nordmänner in die Stadt fahren, nehmen sie ihn einfach mit.

Diese Geschichte des Gelingens erzählen wir gerne. Aber sie hat viele Höhen und Tiefen. Warum wird die Anstellung unserer beiden Mitarbeitenden nur für zwei Jahre gefördert, während Lohnkostenzuschüsse in der Arbeitsmarktpolitik anderswo in Europa längst Standard sind? Dabei sparen wir dem Land Niederösterreich Geld. Denn es gibt einen Mehraufwand - die Einschulung ist zeitintensiver, Abläufe mussten neu gedacht werden. Glücklicherweise hatten unsere beiden Mitarbeiter ein Rückkehrrecht in die Werkstätte. Anderswo in Österreich ist es nicht möglich, solche

Arbeitsversuche zu machen. Das schreckt vor allem Angehörige oft ab. Auch in unserem Fall ist es wichtig: Weil im Tiefbau Aufträge fehlen - wie für viele in der Branche -, ist Herr Breineßl derzeit wieder in der Tagesstruktur. Wenn sich die Situation ändert, finden wir gemeinsam eine Lösung. Das ist keine Niederlage, sondern Realität. Und genau deshalb braucht es verlässliche Rahmenbedingungen.

Und warum gibt es kein klares politisches Bekenntnis zu einer Schule für alle und einer inklusiven Berufsausbildung? Jakob Wagner hat sich mit dem Selbstbewusstsein, das er bei uns gesammelt hat, für eine Lehre zum Betonfertigteiltechniker entschieden. Als ich beim Sozialministerium um Lernmaterialien in einfacher Sprache bat, hieß es: Die gibt es nicht. Also erstellten wir sie selbst: Fotodokumentationen, einen Lernparcours, vereinfachte Unterlagen. Er wird das schaffen. Aber ich frage mich, warum ich das machen muss. Ich bin Unternehmerin, keine Pädagogin.

Barrieren abbauen

Wir sind vielleicht das einzige inklusive Betonwerk in Österreich. Aber Betriebe, die auf Menschen mit Behinderungen setzen, gibt es viele - und es werden mehr. Deshalb haben wir Unternehmerinnen und Unternehmer uns mit NGOs zusammengetan. Wir gründen das erste, österreichweite „Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt - Chancenreich“. Nur gemeinsam können wir die Barrieren abbauen - auch die in den Köpfen. Apropos: Mein Schotterlieferant hat mich gefragt, ob er das auch hinbekommen könnte mit der Anstellung von Menschen mit Behinderungen - und ob ich ihn dabei unterstützen würde. Sie können sich denken, was ich ihm geantwortet habe.

Kathrin Jungwirth ist Prokuristin der Betonwerk Jungwirth GmbH, Gründerin des Vereins „Hands up for down“. 2023 erhielt sie den ALC-Inklusionspreis NÖ.



Die Drei-Drittel-Republik als unerfülltes Versprechen

Österreichs Regierung leidet an den ideologischen Unvereinbarkeiten der Beteiligten. Die Pensionsreform wird weiter aufgeschoben.

Wir sind heute ein sattes Volk, dem es Unbehagen verursacht, den großen Problemen des Staatswesens auf den Grund zu blicken, und wir begnügen uns damit, die politischen Tagesaufgaben in alltäglicher Weise zu behandeln.“ Diese Diagnose hat der große in Wien geborene Staatsrechtslehrer Georg Jellinek vor über hundert Jahren gestellt. Sie ist heute so aktuell wie damals. „Die Versuchung der Akteure, die Dinge laufen zu lassen und dem Publikum weiszumachen, es handle sich um wirkliche Lösungen wirklicher Probleme, ist leider sehr groß“, so Jellinek. Dass das ominöse Doppelbudget, für das sich die Regierung rühmt, nur eine Pflichtübung zwischendurch war und die „Reformpartnerschaft“ im Herbst einen Sturm von Erneuerung bringt, ist nicht mehr als eine Hoffnung.

Vor einigen Wochen beim „Salon“ der „Kleinen Zeitung“ am Wiener Lobkowitzplatz erwarb sich der als eher spröde geltende Markus Marterbauer durch eine abschätzige Bemerkung über die Landeshaupt-

leutekonferenz einen gewissen Ruf als Scherzbold: Das sei der „skurrilste“ Anlass seiner bisherigen Amtszeit gewesen, sagte er; dabei werde hauptsächlich gegessen und getrunken, aber wenig gearbeitet. Aber das soll hier nicht das Thema sein.

DÉJÀ-VU



VON HANS WINKLER

Der Finanzminister erntete bei besagtem Salon vom vorwiegend aus Managern und Unternehmern bestehenden Publikum durchaus Anerkennung und gelegentlich sogar Applaus für seine Sachlichkeit. Über seine ideologische Verbortheit bei Vermögenssteuern und der Ablehnung irgendeiner substantiellen Pensionsreform gingen seine Zuhörer hinweg. Letzteres garnierte er sogar mit der Versicherung, nicht daran zu

denken, auch nur einen Tag länger als bis 65 zu arbeiten. Ausgerechnet ein prominenter Sozialdemokrat bemerkte nachher im Gespräch vor mehreren Leuten: „Und, haben Sie irgendetwas von Reform gehört?“

Natürlich nicht, muss man antworten. Das war auch nicht die Absicht beim Doppelbudget. Es ging nur darum, irgendwie über die Runden zu kommen und ein Budget zu schaffen, das gerade noch die EU-Kriterien erfüllt. Darüber ist schon alles gesagt worden, auch in der „Presse“. Das sarkastischste Urteil darüber und damit auch über diese Koalition hat Florian Asamer gesprochen: Jede Partei schleppt einen Teil der Beute in ihre Höhle. Das ist geradezu die Lebensraison dieser Regierung.

An sich ist „Do ut des“ ein Grundmuster demokratischer Regierungsweise, wenn keine Partei über die absolute Mehrheit verfügt. Es wird aber zur Groteske, wenn jeder einen Teil am Kuchen beanspruchen darf, über den er im ganz eigenen Interesse verfügt. Wie das in der Praxis funktioniert, zeigte sich, als die Integrati-

PIZZICATO

Grüne Massenmigration

Österreich erlebt gerade wieder eine Migrationswelle ungeahnten Ausmaßes. Jetzt, da die Tage wieder länger, die Sonne kräftiger und die Temperaturen nachts nicht mehr frostig sind, werden unzählige Menschen regelrecht zu Fluchthelfern.

Dick verummmt in Jutesäcken und Folien haben sie die kalten Monate in Kellern, Abstellräumen und Badezimmern verbracht. Verschwunden aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit - aber trotzdem noch da. Geschützt vor dem Frost, den ihre mediterranen Wurzeln nicht vertragen. Und nun holen Balkon-, Terrassen- und Gartenbesitzer sie wieder hervor, all die Yuccapalmen, Zitrusbäume und Oleander, die seit November im Inneren im Weg gestanden sind.

Es ist ein bisschen wie mit den Zugvögeln. Die fliegen über die kalten Monate einfach in den Süden. Wenn es wieder warm wird, kommen sie zurück. Mit dem Unterschied, dass Pflanzen nicht fliegen können. Und dass man daher zum Teil sehr entwürdigende Verrenkungen machen muss, um etwa eine Palme wieder nach draußen zu geleiten. Der Topf ist schwer, richtig zu fassen bekommt man ihn nicht, weil überall Palmblätter und Zweige im Weg sind. Warum, fragt man sich in diesem Moment, muss man Pflanzen eigentlich auf Wanderschaft schicken? Gäbe es nicht welche, die man einfach das ganze Jahr über draußen lassen könnte? Und ein paar, die halt immer drinnen bleiben können? Wie sang Josef Hader einst: „Topfpflanzen, bitte geht's spazier'n!“ Er hat nicht ganz unrecht... (eko)

E-Mails an: erich.kocina@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:

Die Presse, Hainburger Straße 33, A-1030 Wien oder an leserbriefe@diepresse.com

Von der Protestbewegung zur Partei

„Orbán's Fidesz im freien Fall“, v. Peter Bognar, 3.5.

Das Bild vom freien Fall mag als Momentaufnahme stimmen, aber ob es langfristig stimmen wird, dürfte vor allem von zwei Faktoren abhängen: Erstens wie klug und kompetent die Fidesz ihre Oppositionsrolle schafft und zweitens wie sich Peter Magyar und seine Tisza von einer erfolgreichen Protestbewegung zu einer staatstragenden Partei entwickeln werden. Die nächsten zwei Jahre werden mit hoher Wahrscheinlichkeit erfolgreich für Magyar/Tisza sein, wenn die von der EU bis jetzt zurückgehaltenen 30 Milliarden Euro in den ungarischen Staatshaushalt

fließen werden. Im dritten und vierten Jahr der nun beginnenden Legislaturperiode könnte aber schon wieder einiges anders aussehen als heute. Daher dürften seriöse Prognosen heute kaum möglich sein. Die weitere Entwicklung der EU wird hier ebenfalls eine Rolle spielen. Was die Zukunft der Fidesz anbelangt, wird ein Erneuerungsprozess aber eher von anderen Personen (oder Teilorganisationen der Partei) ausgehen als von einem demnächst 63-Jährigen, der 16 Jahre als Ministerpräsident wirkte und die Hauptverantwortung für sein schlechtes Wahlergebnis trägt.

Zur Ungarn-Berichterstattung der „Presse“ in all den Jahren möchte ich grundsätzlich anmerken, dass ich sie im Vergleich zu fast allen anderen österreichischen Medien sehr ausgewogen wahrnehme. Zur häufigen Verwendung des Begriffes „Regime“ möchte ich allerdings kritisch feststellen, dass dieser Begriff für eine viermal korrekter gewählte und nun abgewählte

Regierungspartei eines eindeutig freien und demokratischen EU-Staates schon fragwürdig sein dürfte.

Mag. Robert Ganser, 7143 Apetlon

Urlaub zur persönlichen Religionsausübung

„Zu wenig ... Feiertage?“, „Quergeschrieben“, v. A. Goldenberg, 30.4.

Grundsätzlich passt diese Feiertagsregelung für Österreich. Einige dieser „katholischen“ Feiertage wurden eher aus sozialen Überlegungen - ein zusätzlicher Ruhetag für die damals hart arbeitende ärmere Bevölkerungsschicht - eingeführt. Jetzt einzelne Anlässe der jüngeren Vergangenheit zu Feiertagen zu erheben, erscheint bei der derzeit verbreiteten Geistesströmung („nur ich besitze die Wahrheit“) wenig zielführend. Auch würden Einzelparteien solcherart „gefundene“ Feiertage themenbezogen sofort für sich und ihre Parteilinie polarisierend verein-

Onlinemedien

derstandard.at vom 05.05.2026

Woran Inklusion am Arbeitsmarkt trotz Personalnot scheitert

Nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderung sind in Österreich erwerbstätig. Ein neues Bündnis will das ändern – und mit alten Vorurteilen aufräumen



Das Unwissen in vielen Unternehmen macht es Menschen mit Behinderung oft schwer, einen Job zu finden.



Am 1. April knallten im Café Insieme in Schwaz in Tirol die Sektkorken. Der Anlass: Verena Köll feierte ihr einjähriges Jubiläum als Angestellte des Lokals. Dass die junge Frau mit kognitiver Beeinträchtigung heute hinter der Bar steht und die Tische von Gästen abräumt, ist nicht selbstverständlich.

Menschen mit Behinderung haben es am heimischen Arbeitsmarkt schwer. Laut Daten der Statistik Austria sind derzeit nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderung in Österreich erwerbstätig. Betroffene kennen die Situation: Wenn das Bewerbungsgespräch in letzter Minute abgesagt wird, weil es doch keinen barrierefreien Zugang gibt oder auf Bewerbungen ohnehin keine Rückmeldung kommt.

"Wir sind von einem inklusiven Arbeitsmarkt weit entfernt", urteilte Anna Paar, Generalsekretärin der Caritas Österreich am Montag bei einem Pressegespräch. Und angesichts der klammen Budgetlage befürchtet sie für die kommenden Jahre weitere Kürzungen in ihrem Bereich. Einsparungen, etwa bei Qualifizierungen oder Coachings für Menschen mit Behinderung, würden aber langfristig betrachtet hohe Kosten für die Zukunft verursachen, warnen Fachleute.

Reaktionen der Kunden

Anlässlich des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai präsentierte sich am Montag das "Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt – Chancenreich". Auch Verena Köll und ihre Chefin Lina Kasapoglu waren dafür eigens nach Wien gekommen. Das Ziel des Zusammenschlusses aus Sozialorganisationen und Unternehmen (siehe Infobox) : die Inklusion am Arbeitsmarkt weiter vorantreiben.

Zwar seien mittlerweile viele österreichische Betriebe sehr offen dafür, Menschen mit Behinderung einzustellen, berichtete Philippe Narval, Generalsekretär der Lebenshilfe Österreich, bei dem Termin. Er sieht aber weiterhin viele Barrieren. Sehr verbreitet sei beispielsweise bei Unternehmen der Irrglaube, dass Menschen mit Behinderung von Anfang an einen erhöhten Kündigungsschutz haben. Einen solchen erlangen sie aber erst nach vier Jahren Beschäftigung.

In manchen Branchen gebe es auch Vorbehalte dazu, wie die Reaktionen der Kundschaft auf die neue Mitarbeiterin oder den neuen Mitarbeiter ausfallen könnte. Zu Unrecht, wie Narval betont: Ein Möbelhaus, das Menschen mit Behinderung eingestellt hat, habe zum Beispiel sogar extrem positive Rückmeldungen von Kundinnen und Kunden bekommen.

Die Mitarbeitenden fehlen

"Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist kein Sozialprojekt, sondern eine Frage von Gerechtigkeit und Vernunft", betonte Andreas Jesse, Vorstand des Dachverbands Berufliche Inklusion Austria. Aber nicht nur das: In Zeiten des Fachkräftemangels zahle es sich für Unternehmen auch schlichtweg aus, nicht eine ganze Gruppe an Menschen von vornherein bei Bewerbungen auszusortieren.

Das fehlende Personal war auch Antrieb von Lina Kasapoglu, Inhaberin des erwähnten Café Insieme in Tirol, als Verena Köll sich bei ihr nach einer Stelle erkundigte: "Man kriegt eh keine Leute und sucht so viele Mitarbeiter, warum sollte Verena keine Chance kriegen?" Bedenken habe es zuallererst aber auch gegeben: "Meine größte Angst war: Was, wenn etwas passiert?", etwa im Umgang mit den Gästen oder im Umgang mit Maschinen und Gläsern.

Was viele Unternehmen aber nicht wissen: Es gibt eine breite Palette an Unterstützungsangeboten für Menschen wie Verena Köll. In ihrer ersten Praktikumswoche wurde sie von einem Mitarbeiter der "Job.Chance.Tirol" der Lebenshilfe Tirol unterstützt: "Er war wie ein Gast da, hat Verena begleitet und Tipps gegeben."

Änderungen nötig

Am Ende der zweiten Woche hat Kaffeehausbesitzerin Kasapoglu dann entschieden, Verena die Chance auf 20 Stunden Anstellung zu geben. "Ich habe die Hände vor Freude

in die Höhe gerissen", erinnert sich diese. "Und ich habe selbst mit den Tränen gekämpft", sagt ihre heutige Chefin. Anstelle von 55 Euro pro Monat, die Verena Köll als Taschengeld zuvor in einem inklusiven Gastro-Projekt monatlich bekam, verdient sie heute 900 Euro netto. "Mein Leben hat sich total verändert", sagt sie heute. Und ihre Chefin ist überzeugt: "Jeder Mensch hat eine Probezeit verdient."

So ein Happy End gibt es aber nicht immer. Ein weiteres Problem ist für Lebenshilfe-Chef Philippe Narval auch die Zerspragelung in Bundes- und Länderkompetenzen. So gibt es beispielsweise in manchen Bundesländern kein Rückkehrrecht in Tagesstrukturen. Das bedeutet: Wenn jemand versucht, im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, kann er oder sie nicht wieder in diesen geschützten Bereich zurückkehren, wenn der Einstieg in die Berufswelt doch nicht klappt. "Das könnte man mit einem Federstrich ändern", so Narval. Seit 30 Jahren werde darüber diskutiert. Weitere Forderungen des Bündnisses sind eine verlässliche Finanzierung der bestehenden Strukturen, die Absicherung des Ausgleichstaxfonds (ATF), der Mittel zur beruflichen Inklusion bereitstellt, und eine Stärkung inklusiver Bildung.

Eine Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt ist das "Chancen Nutzen Büro" des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB). Auch bei den Beratungsgesprächen macht sich die schwierige wirtschaftliche Lage, in der sich viele Unternehmen befinden, bemerkbar. "In Krisenzeiten sind es immer die Schwächsten, die als Erste in Gefahr kommen, ihre Arbeitsplätze zu verlieren", sagt Patrick Berger, Leiter der Beratungsstelle zum STANDARD. Die Einrichtung informiert Betroffene, aber auch Arbeitgeber über Unterstützungsmöglichkeiten für vulnerable Personengruppen – etwa in puncto Förderung und Qualifizierung.

Echte Teilhabe

"Grundsätzlich ist die Bereitschaft, in diese Richtung etwas zu tun, bei vielen Unternehmen derzeit gering", beobachtet er. Dabei ist auch er überzeugt, dass es für das Selbstwertgefühl und die Psyche zentral ist, eine Arbeitsstelle zu halten, um echte Teilhabe und Inklusion zu erleben.

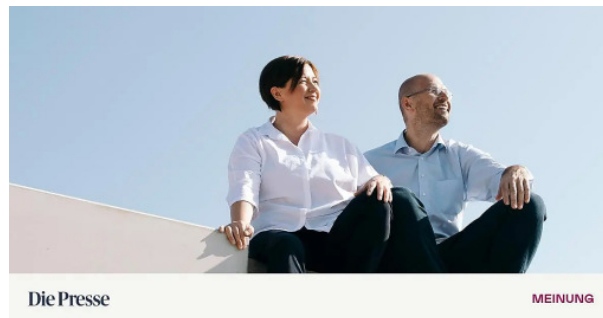
So wie Verena Köll, die mittlerweile aus dem Café Insieme nicht mehr wegzudenken ist, wie ihre Chefin Lina Kasapoglu betont: "Wenn Verena nicht da ist, geht sie ab." (Franziska Zoidl, 5.5.2026)

Das Unwissen in vielen Unternehmen macht es Menschen mit Behinderung oft schwer, einen Job zu finden.

Quelle	derstandard.at
Typ	News Site
Land	AT
Autor:in	Franziska Zoidl
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.derstandard.at/story/3000000319310/woran-inklusion-am-arbeitsmarkt-trotz-personalnot-scheitert
Reichweite	628.262

Inklusion passiert nicht übers Reden

Zum heutigen Tag der Inklusion. Wer Menschen mit Behinderungen beschäftigt, braucht vor allem eines: verlässliche Rahmenbedingungen.



Kathrin und Werner Jungwirth leiten das Betonwerk Jungwirth und setzen sich stark für die Integration von Menschen mit Down-Syndrom ein. Lukas Lorenz

Warum tun Sie sich das an?“ Diese Frage haben einige gestellt, als mein Mann und ich vor vier Jahren entschieden haben, zwei Mitarbeiter mit Down-Syndrom in unserem Betonwerk im Waldviertel anzustellen. Aber Inklusion passiert nicht übers Reden, sondern übers Machen. Mit dieser Überzeugung sind wir 2022 vor unsere Belegschaft getreten. Die Zweifel im Unternehmen waren groß: Wie soll das gehen? Können die bei uns mitarbeiten? Was, wenn ein Unfall passiert? Eine Inklusionsberaterin, die ich aus Wiener Neustadt einlud, räumte die meisten Bedenken aus dem Weg. Als dann ein altgedienter Facharbeiter vor versammelter Mannschaft meinte: „Na dann probieren wir es halt“ – da wussten mein Mann und ich: Jetzt haben wir das Team auf unserer Seite.

Dann haben wir Jakob Wagner und Gerhard Breineßl fest in unserem Betrieb angestellt. Herr Wagner sagte vor Kurzem zu mir: „Kathrin, jetzt gehör ich richtig dazu.“ Er meinte, damit sei er endlich Teil der Gesellschaft. Er ist sozialversichert und wird eine Pension erhalten. In der Werkstätte davor gab es ein Taschengeld. Noch wichtiger: Wenn die Kollegen zum Volleyballmatch unserer Nordmänner in die Stadt fahren, nehmen sie ihn einfach mit.

Diese Geschichte des Gelingens erzählen wir gerne. Aber sie hat viele Höhen und Tiefen. Warum wird die Anstellung unserer beiden Mitarbeitenden nur für zwei Jahre gefördert, während Lohnkostenzuschüsse in der Arbeitsmarktpolitik anderswo in Europa längst Standard sind? Dabei sparen wir dem Land Niederösterreich Geld. Denn es gibt einen Mehraufwand – die Einschulung ist zeitintensiver, Abläufe mussten neu gedacht werden. Glücklicherweise hatten unsere beiden Mitarbeiter ein Rückkehrrecht in die Werkstätte. Anderswo in Österreich ist es nicht möglich, solche Arbeitsversuche zu machen. Das schreckt vor allem Angehörige oft ab. Auch in unserem Fall ist es wichtig: Weil im Tiefbau Aufträge fehlen – wie für viele in der Branche –, ist Herr Breineßl derzeit wieder in der Tagesstruktur. Wenn sich die Situation ändert, finden wir gemeinsam eine Lösung. Das ist keine Niederlage, sondern Realität. Und genau deshalb braucht es verlässliche Rahmenbedingungen.

Und warum gibt es kein klares politisches Bekenntnis zu einer Schule für alle und einer inklusiven Berufsausbildung? Jakob Wagner hat sich mit dem Selbstbewusstsein, das er bei uns gesammelt hat, für eine Lehre zum Betonfertigteiltechniker entschieden. Als ich beim Sozialministerium um Lernmaterialien in einfacher Sprache bat, hieß es: Die gibt es nicht. Also erstellten wir sie selbst: Fotodokumentationen, einen Lernparcours, vereinfachte Unterlagen. Er wird das schaffen. Aber ich frage mich, warum ich das machen muss. Ich bin Unternehmerin, keine Pädagogin.

Wir sind vielleicht das einzige inklusive Betonwerk in Österreich. Aber Betriebe, die auf Menschen mit Behinderungen setzen, gibt es viele – und es werden mehr. Deshalb haben wir Unternehmerinnen und Unternehmer uns mit NGOs zusammengetan. Wir gründen das erste, österreichweite „Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt – Chancenreich“. Nur gemeinsam können wir die Barrieren abbauen – auch die in den Köpfen. Apropos: Mein Schotterlieferant hat mich gefragt, ob er das auch hinbekommen könnte mit der Anstellung von Menschen mit Behinderungen – und ob ich ihn dabei unterstützen würde. Sie können sich denken, was ich ihm geantwortet habe.

Kathrin Jungwirth ist Prokuristin der Betonwerk Jungwirth GmbH, Gründerin des Vereins 2023 erhielt sie den ALC-Inklusionspreis NÖ.

Kathrin und Werner Jungwirth leiten das Betonwerk Jungwirth und setzen sich stark für die Integration von Menschen mit Down-Syndrom ein. Lukas Lorenz

Quelle	diepresse.com
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.diepresse.com/21985138/inklusion-passiert-nicht-uebers-reden
Reichweite	173.387
Engagement	-

MeinBezirk vom 04.05.2026

Erstes österreichweites Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt gegründet

Sozialorganisationen und Unternehmen haben sich zusammengeschlossen und das erste österreichweite "Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt - Chancenreich" gegründet. Damit unterstreichen sie die Wichtigkeit der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen.

APA/APA-Comm übernimmt keinerlei Verantwortung für selbst erstellte Meldungen und deren Inhalte, sondern ist hierbei lediglich technischer Dienstleister. Die alleinige rechtliche Verantwortung für das Hochladen der Inhalte liegt ausschließlich bei dem/der Nutzer:in, der/die die Meldung erstellt hat und diese/r hat auch dafür Sorge zu tragen, dass sämtliche Urheber- und verwandte Schutzrechte beachtet werden.

Quelle	MeinBezirk
Typ	Eigene Meldungen
Adresse	https://www.meinbezirk.at/c-wirtschaft/erstes-oesterreichweites-buendnis-fuer-inklusion-am-arbeitsmarkt-gegruendet_a8622398
Reichweite	-
Engagement	-

Erstes Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt präsentiert Forderungen

Sozialorganisationen und Unternehmen prangern strukturelle Benachteiligung von Menschen mit Behinderung an und fordern stabile Finanzierung beruflicher Inklusion von Bundesregierung und Landesregierungen



Das neu gegründete österreichweite "Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt - Chancenreich" fordert mehr gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Behinderung: Am Montag haben führende Sozialorganisationen wie

Caritas, Diakonie und Lebenshilfe gemeinsam mit Unternehmen ihre Forderungen an die Bundesregierung und Landesregierungen präsentiert, die diesen am 5. Mai, am Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, übergeben werden. Das Bündnis fordert von Bund und Ländern u. a. eine stabile Finanzierung beruflicher Inklusion, die langfristige Absicherung des Ausgleichstaxfonds und gleiche Chancen für alle Menschen, auch mit höherem Unterstützungsbedarf. Inklusion am Arbeitsmarkt müsse zur Selbstverständlichkeit werden.

"Österreich ist von einem inklusiven Arbeitsmarkt noch ein gutes Stück entfernt", sagte Caritas-Österreich-Generalsekretärin Anna Parr bei einer Pressekonferenz in Wien. Über 17 Jahre nach der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention seien Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt immer noch klar benachteiligt, verwies Parr auf aktuelle Zahlen. "Ihre Beschäftigungsquote ist deutlich niedriger, sie sind etwa doppelt so häufig arbeitslos. 21,5 Prozent sind laut Statistik Austria armutsgefährdet. Das ist ein Alarmsignal." Der Handlungsdruck steige, doch der Ausbau inklusiver Strukturen stagniere seit Jahren, kritisierte die Caritas-Generalsekretärin.

Berufliche Inklusion - auch von Menschen mit höherem Assistenzbedarf - sei möglich, betonten die Organisationen. Doch es brauche entsprechende Unterstützung und Begleitung sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Arbeitgeber, denn aktuell seien nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderungen in Österreich erwerbstätig. Der Übergang aus einer Tagesstruktur oder aus der Schule in den regulären Arbeitsmarkt gelinge vielen Menschen mit Behinderungen ohne eine solche in der Regel nicht. Dabei wollten Menschen mit Behinderungen selbstständig leben und arbeiten, und viele

Unternehmen in Österreich hätten bereits bewiesen, dass Inklusion am Arbeitsmarkt gelingt, betonte Parr.

Kürzungen "volkswirtschaftlich kurzfristig"

Kürzungen bei Qualifizierung, Vermittlung und Arbeitsassistenten seien nicht nur "sozial falsch - sie sind auch volkswirtschaftlich kurzfristig und kosten uns als Gesellschaft mehr", appellierte Parr an Bund und Länder, angesichts der aktuellen Budgetpläne für 2027/28 keinesfalls bei Menschen mit Behinderungen zu sparen. Weniger Unterstützung bedeute weniger Chancen, mehr Arbeitslosigkeit - und letztlich höhere Folgekosten. Teilhabe dürfe nicht vom Budget abhängen.

"Jeder in berufliche Teilhabe und inklusive Berufsbildung investierte Euro schafft Chancen, fördert Selbstbestimmung und stärkt nachhaltig Wirtschaft, Gesellschaft und Menschen mit Behinderungen", betonte Philippe Narval, Generalsekretär der Lebenshilfe Österreich und Mitinitiator des Bündnisses. "Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Statt Sonderstrukturen braucht es reguläre Beschäftigung", erklärte Andreas Jesse, Vorstand des Dachverbands Berufliche Inklusion-Austria (dabei-austria). NEBA-Angebote (Leistungen der Beruflichen Assistenten) und andere arbeitsmarktpolitische Projekte, finanziert durch Bund und Länder, zeigten, dass mit gezielter Unterstützung die Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt gelinge.

Forderungen

Konkret fordert das neue "Bündnis Chancenreich" eine von Konjunkturschwankungen unabhängige Finanzierung sowie den Stopp von Kürzungen bei Programmen zur Qualifizierung, Vermittlung und Begleitung von Menschen mit Behinderung. Dazu zähle die Absicherung und Stärkung des Ausgleichstaxfonds (ATF), ein zentrales Instrument zur Finanzierung beruflicher Inklusion und beruflicher Assistenten am Arbeitsplatz. Er Sorge für 210 Projekte und rund 110.000 unterstützte Menschen pro Jahr, erklärte Caritas-Generalsekretärin Parr. Die Bundesregierung habe für ihre Budgetzuschüsse zum ATF zwar zusätzliche Mittel in Aussicht gestellt, diese sollen aber laut aktuellem Budgetpfad drastisch abnehmen, kritisierte Parr: "Von 65 Millionen Euro in diesem Jahr auf nur mehr 15 Millionen im Jahr 2029. Das entspricht einem Rückgang um rund drei Viertel."

Zudem brauche es gleiche Chancen für alle. Viele Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf würden heute nur für ein Taschengeld arbeiten und hätten kaum Zugang zu regulärer Beschäftigung. Nur in vier Bundesländern gäbe es Angebote zur beruflichen Inklusion für diese Gruppe, so die Kritik der Organisationen. Diese Angebote müssten überall im Land zur Verfügung stehen. Auch bräuchten diese Menschen ein Rückkehrrecht in Tagesstrukturen, damit Arbeitsversuche und Übergänge in bezahlte Beschäftigung ohne Existenzangst möglich seien.

Inklusive Bildung

Außerdem brauche es eine politische Schwerpunktsetzung auf inklusive Bildung und Berufsausbildung. Sie sei die Grundlage für spätere Teilhabe am Arbeitsleben. Fehlende Ressourcen, unzureichender Zugang zu Schulassistenten und Ausgrenzung erschwerten den späteren Einstieg in die Erwerbsarbeit.

Unter dem Dach des neuen Bündnisses sind neben der Caritas, Diakonie und Volkshilfe der Dachverband Berufliche Inklusion-Austria (dabei-austria), KOBV Österreich, ÖZIV und

Zero Project sowie Großkonzerne, KMUs und kleine Betriebe vertreten. Zu den beteiligten Unternehmen zählen etwa Ikea Österreich, Interspar, Post AG, Primark, Betonwerk Jungwirth, Rewe Group und Uniq. (Info:

Quelle	katholisch.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.katholisch.at/aktuelles/157887/erstes-buendnis-fuer-inklusion-am-arbeitsmarkt-praesentiert-forderungen
Reichweite	1.719
Engagement	-

kathpress.at vom 04.05.2026

Erstes Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt präsentiert Forderungen

Österreich/Politik/Hilfsorganisation/Unternehmen/Behinderte/Arbeitsmarkt/Menschenrechte/Inklusion

Sozialorganisationen und Unternehmen prangern strukturelle Benachteiligung von Menschen mit Behinderung an und fordern stabile Finanzierung beruflicher Inklusion von Bundesregierung und Landesregierungen

Wien, 04.05.2026 (KAP) Das neu gegründete österreichweite "Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt - Chancenreich" fordert mehr gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Behinderung: Am Montag haben führende Sozialorganisationen wie Caritas, Diakonie und Lebenshilfe gemeinsam mit Unternehmen ihre Forderungen an die Bundesregierung und Landesregierungen präsentiert, die diesen am 5. Mai, am Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, übergeben werden. Das Bündnis fordert von Bund und Ländern u. a. eine stabile Finanzierung beruflicher Inklusion, die langfristige Absicherung des Ausgleichstaxfonds und gleiche Chancen für alle Menschen, auch mit höherem Unterstützungsbedarf. Inklusion am Arbeitsmarkt müsse zur Selbstverständlichkeit werden.

"Österreich ist von einem inklusiven Arbeitsmarkt noch ein gutes Stück entfernt", sagte Caritas-Österreich-Generalsekretärin Anna Parr bei einer Pressekonferenz in Wien. Über 17 Jahre nach der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention seien Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt immer noch klar benachteiligt, verwies Parr auf aktuelle Zahlen. "Ihre Beschäftigungsquote ist deutlich niedriger, sie sind etwa doppelt so häufig arbeitslos. 21,5 Prozent sind laut Statistik Austria armutsgefährdet. Das ist ein Alarmsignal." Der Handlungsdruck steige, doch der Ausbau inklusiver Strukturen stagniere seit Jahren, kritisierte die Caritas-Generalsekretärin.

Berufliche Inklusion - auch von Menschen mit höherem Assistenzbedarf - sei möglich, betonten die Organisationen. Doch es brauche entsprechende Unterstützung und Begleitung sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Arbeitgeber, denn aktuell seien nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderungen in Österreich erwerbstätig. Der Übergang aus einer Tagesstruktur oder aus der Schule in den regulären Arbeitsmarkt gelinge vielen Menschen mit Behinderungen ohne eine solche in der Regel nicht. Dabei wollten Menschen mit Behinderungen selbstständig leben und arbeiten, und viele Unternehmen in Österreich hätten bereits bewiesen, dass Inklusion am Arbeitsmarkt gelingt, betonte Parr.

Kürzungen "volkswirtschaftlich kurzfristig"

Kürzungen bei Qualifizierung, Vermittlung und Arbeitsassistenz seien nicht nur "sozial falsch - sie sind auch volkswirtschaftlich kurzfristig und kosten uns als Gesellschaft mehr", appellierte Parr an Bund und Länder, angesichts der aktuellen Budgetpläne für 2027/28 keinesfalls bei Menschen mit Behinderungen zu sparen. Weniger Unterstützung bedeute

weniger Chancen, mehr Arbeitslosigkeit - und letztlich höhere Folgekosten. Teilhabe dürfe nicht vom Budget abhängen.

"Jeder in berufliche Teilhabe und inklusive Berufsbildung investierte Euro schafft Chancen, fördert Selbstbestimmung und stärkt nachhaltig Wirtschaft, Gesellschaft und Menschen mit Behinderungen", betonte Philippe Narval, Generalsekretär der Lebenshilfe Österreich und Mitinitiator des Bündnisses. "Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Statt Sonderstrukturen braucht es reguläre Beschäftigung", erklärte Andreas Jesse, Vorstand des Dachverbands Berufliche Inklusion-Austria (dabei-austria). NEBA-Angebote (Leistungen der Beruflichen Assistenz) und andere arbeitsmarktpolitische Projekte, finanziert durch Bund und Länder, zeigten, dass mit gezielter Unterstützung die Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt gelinge.

Forderungen

Konkret fordert das neue "Bündnis Chancenreich" eine von Konjunkturschwankungen unabhängige Finanzierung sowie den Stopp von Kürzungen bei Programmen zur Qualifizierung, Vermittlung und Begleitung von Menschen mit Behinderung. Dazu zähle die Absicherung und Stärkung des Ausgleichstaxfonds (ATF), ein zentrales Instrument zur Finanzierung beruflicher Inklusion und beruflicher Assistenz am Arbeitsplatz. Er sorge für 210 Projekte und rund 110.000 unterstützte Menschen pro Jahr, erklärte Caritas-Generalsekretärin Parr. Die Bundesregierung habe für ihre Budgetzuschüsse zum ATF zwar zusätzliche Mittel in Aussicht gestellt, diese sollen aber laut aktuellem Budgetpfad drastisch abnehmen, kritisierte Parr: "Von 65 Millionen Euro in diesem Jahr auf nur mehr 15 Millionen im Jahr 2029. Das entspricht einem Rückgang um rund drei Viertel."

Zudem brauche es gleiche Chancen für alle. Viele Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf würden heute nur für ein Taschengeld arbeiten und hätten kaum Zugang zu regulärer Beschäftigung. Nur in vier Bundesländern gäbe es Angebote zur beruflichen Inklusion für diese Gruppe, so die Kritik der Organisationen. Diese Angebote müssten überall im Land zur Verfügung stehen. Auch bräuchten diese Menschen ein Rückkehrrecht in Tagesstrukturen, damit Arbeitsversuche und Übergänge in bezahlte Beschäftigung ohne Existenzangst möglich seien.

Inklusive Bildung

Außerdem brauche es eine politische Schwerpunktsetzung auf inklusive Bildung und Berufsausbildung. Sie sei die Grundlage für spätere Teilhabe am Arbeitsleben. Fehlende Ressourcen, unzureichender Zugang zu Schulassistenz und Ausgrenzung erschwerten den späteren Einstieg in die Erwerbsarbeit.

Unter dem Dach des neuen Bündnisses sind neben der Caritas, Diakonie und Volkshilfe der Dachverband Berufliche Inklusion-Austria (dabei-austria), KOBV Österreich, ÖZIV und Zero Project sowie Großkonzerne, KMUs und kleine Betriebe vertreten. Zu den beteiligten Unternehmen zählen etwa Ikea Österreich, Interspar, Post AG, Primark, Betonwerk Jungwirth, Rewe Group und Uniq. (Info:

Quelle	kathpress.at
Typ	News Site
Land	AT

Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.kathpress.at/goto/meldung/2576257/erstes-buendnis-fuer-inklusion-am-arbeitsmarkt-praesentiert-forderungen
Reichweite	1.553
Engagement	-

kijuku.at vom 05.05.2026

Neues Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt

Facebook WhatsApp Twitter Pinterest Email Share Viele Menschen mit Behinderung wollen arbeiten und selbstständig leben.



Heinz Wagner Heinz Wagner



Am 5. Mai ist der Europäische Protest-Tag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen.

Diesen Protesttag gibt es seit 1992.

Angefangen damit haben die Interessenvertretungen Selbstbestimmt Leben Deutschland (ISL).

Ziel des Tages ist es, für eine Gleichstellung behinderter Menschen einzutreten und die Gesetze zu beschließen, die dafür notwendig sind.

Das Datum 5. Mai wurde gewählt, weil an diesem Tag auch der Europatag des Europarates stattfindet.

Durch die Gleichzeitigkeit soll gezeigt werden, dass alle Menschen europaweit gleichgestellt sein sollen.

Es gibt auch einen internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember.

Der 3. Dezember gilt weltweit und wurde von der UNO 1993 gestartet.

Die UNO ist die englische Abkürzung für Vereinte Nationen, bei der fast alle Länder der Welt mitmachen.

Am 5. Mai 2026, also heuer, hat sich in Österreich ein Bündnis von Organisationen und Unternehmen neu gegründet.

Dieses Bündnis heißt: Chancenreich – Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt

Das Ziel ist: Alle Menschen sollen arbeiten können. Auch Menschen mit Behinderungen.

Wer macht mit?

Viele Organisationen machen mit. Zum Beispiel:

- Lebenshilfe Österreich
- Caritas Österreich
- Diakonie Österreich

Auch viele Unternehmen sind dabei. Zum Beispiel:

- IKEA Österreich
- REWE Group – das sind Supermärkte wie Billa, BiPa, Penny, ADEG
- UNIQA

Diese Unternehmen zeigen: Menschen mit Behinderungen können arbeiten. Und sie sind wichtige Team-Mitglieder.

Warum ist das wichtig?

Viele Menschen mit Behinderungen wollen arbeiten. Sie wollen ihr eigenes Geld verdienen. Sie wollen selbstständig leben.

Aber: Nur wenige Menschen mit Behinderungen haben einen Job.

Viele arbeiten in Werkstätten. Dort bekommen sie nur wenig Taschengeld.

Das Bündnis sagt: Das muss sich ändern: Lohn statt Taschengeld ist wichtig.

Gute Beispiele zeigen: Es geht.

Es gibt schon gute Beispiele.

Eine Frau arbeitet jetzt in einem Café. Früher war sie in einer Ausbildung.

Heute verdient sie ihr eigenes Geld. Sie sagt: Mein Leben hat sich verändert.

Sie ist stolz auf ihre Arbeit.

Und ihre Chefin ist stolz auf ihre Mitarbeiterin.

Was braucht es dafür?

Der Weg in einen Job ist oft schwer.

Viele Menschen brauchen Unterstützung. Zum Beispiel:

- Hilfe beim Start im Job
- Unterstützung im Arbeits-Alltag
- Ansprech-Personen bei Problemen

Diese Unterstützung ist wichtig: Für die Arbeitnehmer:innen Und für die Arbeitgeber:innen

Was fordert das Bündnis?

Das Bündnis hat 4 wichtige Forderungen:

Genug Geld für Inklusion

Programme dürfen nicht gekürzt werden.

Wichtige Förderung sichern

Der Ausgleichs-Tax-Fonds muss bleiben.

Der Ausgleichs-Tax-Fonds ist ein großer Geld-Topf in Österreich.

In Österreich gibt es ein Gesetz das sagt: Große Firmen müssen Menschen mit Behinderung Arbeit geben.

Viele Unternehmen machen das nicht.

Diese Firmen müssen dann Geld bezahlen.

Das Geld kommt in den Geld-Topf.

Der Staat gibt auch Geld dazu.

Mit dem Geld aus dem Topf hilft man Menschen mit Behinderung beim Arbeiten.

Gleiche Chancen für alle

Auch Menschen mit hohem Unterstützungs-Bedarf sollen arbeiten können

Gute Bildung für alle

Schule und Ausbildung müssen inklusiv sein, also keine Sonderschulen mehr.

Mehr Informationen gibt es auf einer eigenen Homepage

Diese Homepage heißt chancenreich.at und ist über Klick auf den Link unten erreichbar
chancenreich

Hier unten geht es zu einem Interview mit einer Kaffeehausbesitzerin und ihrer Mitarbeiterin in Tirol

Hier unten geht es zu einem Bericht über das neue Bündnis – nicht in einfacher Sprache

Heinz Wagner Heinz Wagner

Quelle	kijuku.at
Typ	News Site
Land	AT

Pressespiegel

Sprache	Deutsch
Adresse	https://kijuku.at/einfach/neues-buendnis-fuer-inklusion-am-arbeitsmarkt/
Reichweite	557
Engagement	-

kijuku.at vom 05.05.2026

„Chancenreich“ – sich selber erhalten statt Taschengeld

Neues Bündnis für „Inklusion am Arbeitsmarkt“ zum europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen.



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner



Heinz Wagner Heinz Wagner





Mit Erfolgsgeschichten motivieren, aber auch kritisieren, dass man kaum „teurer sparen kann“ und fordern, dass Maßnahmen zur beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen eher gefördert als gekürzt werden müssten / sollten. Vielleicht lässt sich so kürzest zusammenfassen, was eine neue Initiative am Montag in einem Mediengespräch will.

„Chancenreich – Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt“ nennt sich die Kooperation einiger Organisationen sowie von Unternehmen, die schon Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen beschäftigen. Anlass ist der am 5. Mai begangene europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Angefangen hatten mit dem 1992 „Interessenvertretungen Selbstbestimmt Leben Deutschland (ISL)“. Das Datum haben sie gewählt, weil dies der Europatag des Europarates ist und ISL wollte, „dass alle Menschen europaweit gleichgestellt sein sollen“ (zitiert von der Homepage Kleiner-Kalender.de, die viiiiele Jahres- und andere denkwürdige Tage auflistet und beschreibt).

Schwazer Café

Mit Verena Köll, die seit knapp mehr als einem Jahr halbtags im Café Insieme (italienisch für zusammen, miteinander) in der Tiroler Stadt Schwaz arbeitet und ihrer Chefin und Café-Besitzerin Lina Kasapoğlu präsentierte sich ein Erfolgsduo, das extra sehr früh morgens nach Wien angereist war. – Mehr dazu in einem Interview mit beiden in einem eigenen Beitrag, unten verlinkt . Weitere Erfolgsbeispiele finden sich als Videos auf der neuen Chancenreich-Website.

Investition

In Zeiten der Verhandlungen um das künftige Doppelbudget, bei denen im Vordergrund steht, wo kann was und wie viel eingespart werden, geht es nicht nur darum, soziale Härten zu vermeiden, sondern einerseits die Würde von Menschen zu wahren, und andererseits dummes Sparen, das am Ende mehr Kosten verursacht, zu verhindern. „Jeder in berufliche Teilhabe und inklusive Berufsbildung investierte Euro schafft Chancen, fördert Selbstbestimmung und stärkt nachhaltig Wirtschaft, Gesellschaft und Menschen mit Behinderungen. Lohn statt Taschengeld muss Realität werden!“, verlangte etwas Lebenshilfe-Generalsekretär Philippe Narval bei dem Mediengespräche.

Unterstützung

Aber erfolgreiche berufliche Integration bzw. Inklusion brauche auch professionelle, unterstützende Begleitung. Das führte nicht zuletzt Andreas Jesse aus Kärnten, Vorstand des Dachverbandes Berufliche Inklusion Austria (dabei) und Geschäftsführer der sozialen DienstleistungsGmbH autArK aus. Menschen mit Behinderung brauchen – auch für die Arbeitgeber:innen – in der ersten beruflichen Phase begleitende Unterstützung, manche auch dauerhaft Arbeits-Assistenz.

Schrumpft der Fonds

Über den sogenannten AusgleichsTax-Fonds (ATF) – aus Beiträgen von Unternehmen, die sich von der Verpflichtung Menschen mit Behinderungen „freikaufen“, aber auch vielen öffentlichen Geldern – werden mehr als 210 Projekte des Netzwerks Berufliche Assistenz (NEBA) gefördert. Dies ermöglicht die Betreuung von 110.000 Menschen mit Behinderungen und ausgrenzungsgefährdeten Jugendlichen, die von 2800 Fachkräften begleitet werden.

Mehr als die Hälfte solcher Begleitungen führten zu Beschäftigungen, fast neun von zehn davon wiederum am ersten Arbeitsmarkt.

Nicht nur die Unwürdigkeit reiner Taschengeldbezüge in Werkstätten, sondern auch eigenes verdientes Geld samt Steuerleistungen und Sozialversicherungsbeiträgen ist auch volkswirtschaftlich sinnvoller als Angewiesensein auf Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe.

Höhere und längere Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen ist nicht nur rund doppelt so hoch wie der Durchschnitt, sondern steigt auch deutlich höher: März 2026: + 14,2% (im Vergleich: Menschen ohne Behinderung: + 2%); bei Unter-25-Jährigen: + 11,9% (0,9%). Und sie sind, so Zahlen von Jesse aus den AMS-Berichten, fast doppelt so lange arbeitslos: 196 vs. 108 Tage.

Schon bei einem Mediengespräch vor knapp einem Monat, unter anderem mit Lebenshilfe und Caritas, wurde darauf hingewiesen, dass der erwähnte ATF, derzeit mit 65 Millionen Euro auf 15 Millionen, also weniger als ein Viertel, im Jahr 2029 geschrumpft werden solle.

Armutgefährdung

„Dass Menschen mit Behinderungen deutlich stärker von Armut bedroht sind als die Durchschnittsbevölkerung, ist ein klares Alarmsignal: In unserer Gesellschaft haben nicht alle die gleichen Chancen. Die Zahlen und die Erfahrungen Betroffener zeigen deutlich, dass Österreich im Sinne der Menschenrechte noch erhebliche Anstrengungen unternehmen muss, um einen wirklich inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen“, machte Anna Parr, Generalsekretärin der Caritas Österreich, auf einen weiteren Aspekt sowohl menschlichen Leids als auch gesamtwirtschaftlicher Unvernunft durch befürchtete Kürzungen bei beruflicher Inklusion aufmerksam.

Mythen

Lebenshilfe-Generalsekretär Narval thematisierte auch Vorurteile bei Unternehmen aus dem Bereich der Mythen. So sei weit verbreitet, Menschen mit Behinderungen hätten einen besonderen Kündigungsschutz. Dies gelte aber erst nach vier Jahren.

Eine Hürde, die sich aus den neun unterschiedlichen Länderregelungen ergebe sei auch, dass es bislang nur in Wien eine Rückkehrregelung von Beschäftigten in eine Werkstatt gibt, wenn es doch nicht mit dem Job klappt.

Angebote zur beruflichen Inklusion gibt es überhaupt nur in vier der neun Bundesländer.

Eine weitere Forderung setzt schon lange davor an: Inklusive Bildung statt – erneuter – Sonderschulen.

Zu einer Version der zentralen Forderungen und Kritikpunkte in einfacher Sprache geht es im folgenden Link hier.

Auch der Österreichische Behindertenrat, die gesetzliche Interessenvertretung, legte Forderungen rund um den 5. Mai vor

<https://www.stadtgalerien.at/shops-gastro/von-a-bis-z/insieme>

Heinz Wagner Heinz Wagner

Quelle	kijuku.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://kijuku.at/bildung/chancenreich-sich-selber-erhalten-statt-taschengeld/
Reichweite	557
Engagement	-

NGOs und Unternehmen warnen vor Kürzungen bei Inklusion



© APA/THEMENBILD Menschen mit Behinderung haben es schwer am Arbeitsmarkt

Ein neues Bündnis von Sozialorganisationen und Unternehmen warnt vor Kürzungen bei Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt. Nötig sei eine verlässliche Finanzierung der bestehenden Strukturen, die Absicherung des Ausgleichstaxfonds (ATF), der Mittel zur beruflichen Inklusion bereitstellt, und eine Stärkung inklusiver Bildung, forderte das "Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt - Chancenreich" am Montag bei einer Pressekonferenz in Wien.

Dem Bündnis gehören neben zahlreichen Sozialorganisationen auch eine Reihe von Unternehmen an, die bereits Personen mit Behinderung beschäftigen - darunter große wie IKEA, Interspar, die REWE-Gruppe, Post und Kapsch TrafficCom. Viele österreichische Unternehmen und Betriebe seien sehr offen dafür, Menschen mit Behinderung anzustellen. Damit dies auch gelingt, brauche es aber entsprechende Unterstützung und Begleitung, sagte der Generalsekretär der Lebenshilfe, Philippe Narval, der die Initiative ins Leben gerufen hat. Gemeinsam wolle man daher den Appell an Bundesregierung und Landeshauptleute richten, dass es keine Einsparungen in dem Bereich geben dürfe.

Kürzungen bei Qualifizierung, Vermittlung und Begleitung von Menschen mit Behinderung sowie bei der persönlichen Assistenz wären nicht nur sozial falsch, sondern auch volkswirtschaftlich nicht sinnvoll und kurzsichtig, warnte Caritas-Generalsekretärin Anna Parr. Die Folge wären mehr Arbeitslosigkeit und höhere Kosten für die Zukunft. Besonders wichtig sei daher die Absicherung und Stärkung des Ausgleichstaxfonds, der zum Teil aus Ausgleichszahlungen von Unternehmen, die die Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderung nicht erfüllen, gespeist wird. Der Bundeszuschuss von derzeit 65 Mio. Euro jährlich solle dem Vernehmen nach bis 2029 auf 15 Mio. Euro gekürzt werden, das dürfe nicht passieren, so Parr.

Nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderung sind aktuell erwerbstätig und diese seien mehr als doppelt so oft arbeitslos. Ein inklusiver Arbeitsmarkt sei kein Sozialprojekt, sondern eine Frage der Gerechtigkeit und eine Frage der Vernunft, meinte Andreas Jesse vom Dachverband Berufliche Inklusion Austria (dabei-austria). Fähigkeiten würden sonst ungenützt bleiben und Menschen systematisch benachteiligt.

Nötig sei außerdem eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen Regelungen in den neun Bundesländern, forderte Narval. Nur in vier Bundesländern gebe es Angebote zur beruflichen Inklusion von Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf, diese seien überall nötig. Zudem brauche es ein Rückkehrrecht in Tagesstrukturen, falls der Übergang in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis nicht klappt.

Der Gewerkschaftsbund (ÖGB) schloss sich den Forderungen anlässlich des Tags der Inklusion am 5. Mai an. Kürzungen beim Ausgleichsfonds würden Fortschritte bei der Inklusion gefährden, hieß es am Montag in einer Aussendung. Vielmehr müsse die Ausgleichstaxe für Betriebe "deutlich erhöht" werden, forderte der ÖGB. Außerdem sollten Menschen mit Behinderung in Werkstätten "fair" entlohnt werden, Arbeit sei der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe.

"Autonomie, Selbstbestimmung sowie soziale und politische Teilhabe dürfen kein Privileg jener sein, die sich das selbst und ohne staatliche Unterstützung leisten können", betonte auch Volksanwalt Bernhard Achitz (SPÖ) per Pressemitteilung. Die Politik müsse das im Blick haben und an der Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention arbeiten. Kritik an den Budgetplänen der Bundesregierung kam von der Behindertenanwaltschaft. Menschen mit Behinderungen dürften nicht überproportional von Einsparungen betroffen sein, hieß es. Gleichstellung brauche verbindliche Finanzierung.

(S E R V I C E - <https://chancenreich.at>)

© APA/THEMENBILD Menschen mit Behinderung haben es schwer am Arbeitsmarkt

Quelle	kleinezeitung.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.kleinezeitung.at/artikel/21846762/ngos-und-unternehmen-warnen-vor-kuerzungen-bei-inklusion
Reichweite	310.481
Engagement	-

kobv.at vom 04.05.2026

Gemeinsam für Inklusion und gegen Kürzungen

Der KOBV Österreich – Der Behindertenverband ist Teil des neu gegründeten , das von der Lebenshilfe Österreich initiiert und anlässlich des Tages der Inklusion am 5.



Mai präsentiert wurde. Auch zahlreiche andere Organisationen wie die Caritas, dabei-austria, die Diakonie, der ÖZIV Bundesverband, Zero Project sowie Partner-Unternehmen aus verschiedenen Branchen schlossen sich an. Ziel ist die Absicherung und der Ausbau der beruflichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen.

„Die Herausforderungen im Sozialbereich nehmen derzeit aufgrund der geplanten Sparmaßnahmen, insbesondere den Ausgleichstaxfonds betreffend, zu“, erklärt Regina Baumgartl, Generalsekretärin des KOBV Österreich – Der Behindertenverband. „Umso wichtiger ist es, dass wir mit einer gemeinsamen Stimme auf die aktuell schwierige Lage am Arbeitsmarkt sowie die Lebensrealitäten von Menschen mit Behinderungen aufmerksam machen und uns gegen Kürzungen im Sozialbereich stellen“, ergänzt sie.

Vier zentrale Forderungen

Stabil finanzieren statt kürzen: Berufliche Inklusion braucht eine verlässliche, von Konjunkturschwankungen unabhängige Finanzierung. Kürzungen bei Programmen zur Qualifizierung, Vermittlung und Begleitung von Menschen mit Behinderungen sind teuer – weil sie Arbeitslosigkeit, Armutsriskien und Folgekosten erhöhen.

Gleiche Chancen für alle: Viele Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf arbeiten heute nur für ein Taschengeld und haben kaum Zugang zu regulärer Beschäftigung. Nur in vier Bundesländern gibt es Angebote zur beruflichen Inklusion für diese Gruppe. Diese Angebote müssen überall im Land zur Verfügung stehen. Auch brauchen diese Menschen ein Rückkehrrecht in Tagesstrukturen, damit Arbeitsversuche und Übergänge in bezahlte Beschäftigung ohne Existenzangst möglich sind.

Ergänzt werden die Forderungen auf der Website durch Erfolgsbeispiele gelungener Inklusion am ersten Arbeitsmarkt, bei der zahlreiche Partner-Unternehmen eingebunden wurden, denn zentraler Gedanke des Bündnisses für Inklusion am Arbeitsmarkt – Chancenreich ist: Wenn Wirtschaft, Politik und NGOs gemeinsam handeln, entstehen echte Chancen – für Menschen mit Behinderungen und für uns alle.

Bild ©: freepik (Symbolfoto)

Quelle	kobv.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.kobv.at/gemeinsam-fuer-inklusion-und-gegen-kuerzungen/
Reichweite	753
Engagement	-

Unternehmen warnen vor Kürzungen bei Inklusion

Ein neues Bündnis von Sozialorganisationen und Unternehmen hat vor Kürzungen bei Menschen mit Behinderungen gewarnt.



Sozialorganisationen und Unternehmen haben vor Kürzungen bei Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt gewarnt (Symbolbild). (Bild: Rithor - stock.adobe.com)

Die bestehenden Strukturen müssten verlässlich finanziert werden, forderte das „Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt – Chancenreich“ am Montag in Wien.

Dem Bündnis gehören neben zahlreichen Sozialorganisationen auch eine Reihe von Unternehmen an, die bereits Personen mit Behinderung beschäftigen – darunter große wie IKEA, Interspar, die REWE-Gruppe, Post und Kapsch TrafficCom. Viele österreichische Betriebe seien sehr offen dafür, Menschen mit Behinderung anzustellen, sagte der Generalsekretär der Lebenshilfe, Philippe Narval. Allerdings seien Unterstützung und Begleitung nötig. Daher richte man einen Appell an die Bundesregierung und Landeshauptleute, keine Einsparungen in dem Bereich vorzunehmen.

Kürzungen bei Qualifizierung, Vermittlung und Begleitung von Menschen mit Behinderung sowie bei der persönlichen Assistenz wären nicht nur sozial falsch, sondern auch volkswirtschaftlich nicht sinnvoll und kurzsichtig, sagte Caritas-Generalsekretärin Anna Parr. Besonders wichtig sei die Absicherung und Stärkung des Ausgleichstaxfonds, der zum Teil aus Ausgleichszahlungen von Unternehmen gespeist wird, die die Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderungen nicht erfüllen. Der Bundeszuschuss von derzeit 65 Millionen Euro jährlich soll dem Vernehmen nach bis 2019 auf 15 Millionen Euro gekürzt werden.

Menschen mit Behinderungen doppelt so oft arbeitslos

Nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderungen sind aktuell erwerbstätig. Im Vergleich zu Menschen ohne Behinderungen sind sie mehr als doppelt so oft arbeitslos. Ein inklusiver Arbeitsmarkt sei kein Sozialprojekt, sondern eine Frage der Gerechtigkeit und eine Frage der Vernunft, sagte Andreas Jesse vom Dachverband Berufliche Inklusion Austria (dabei-austria). Fähigkeiten würden sonst ungenützt bleiben und Menschen systematisch benachteiligt. Aktuell gebe es nur in vier Bundesländern Angebote zur beruflichen Inklusion von Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf, sagte Narval.

Es brauche auch eine Rückkehr in Tagesstrukturen, falls der Übergang in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis nicht klappe.

Auch der Gewerkschaftsbund (ÖGB) schloss sich den Forderungen an. Die Ausgleichstaxe für Betriebe müsse „deutlich erhöht“ werden. Zudem sollten Menschen mit Behinderungen in Werkstätten „fair“ entlohnt werden. Kritik an den Budgetplänen der Bundesregierung kam von der Behindertenanwaltschaft. Menschen mit Behinderungen dürften nicht überproportional von Einsparungen betroffen sein, hieß es. Gleichstellung brauche verbindliche Finanzierung.

Sozialorganisationen und Unternehmen haben vor Kürzungen bei Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt gewarnt (Symbolbild). (Bild: Rithor - stock.adobe.com)

Quelle	krone.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.krone.at/4129109
Reichweite	1.470.495
Engagement	5

Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt präsentiert Forderungen

Das neu gegründete österreichweite „Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt – Chancenreich“ fordert mehr gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Behinderung: Am Montag haben führende Sozialorganisationen wie Caritas, Diakonie und Lebenshilfe gemeinsam mit Unternehmen ihre Forderungen an die Bundesregierung und Landesregierungen präsentiert.



Das neue „Bündnis Chancenreich“ hat am Montag Forderungen an die Politik präsentiert

Die Forderungen sollen am 5. Mai, am Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, übergeben werden. Das Bündnis fordert von Bund und Ländern u. a. eine stabile Finanzierung beruflicher Inklusion, die langfristige Absicherung des Ausgleichstaxfonds und gleiche Chancen für alle Menschen, auch mit höherem Unterstützungsbedarf. Inklusion am Arbeitsmarkt müsse zur Selbstverständlichkeit werden.

„Österreich ist von einem inklusiven Arbeitsmarkt noch ein gutes Stück entfernt“, sagte Caritas-Österreich-Generalsekretärin Anna Parr bei einer Pressekonferenz in Wien. Über 17 Jahre nach der Ratifizierung der UNO-Behindertenrechtskonvention seien Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt immer noch klar benachteiligt, verwies Parr auf aktuelle Zahlen.

Unterstützung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber

„Ihre Beschäftigungsquote ist deutlich niedriger, sie sind etwa doppelt so häufig arbeitslos. 21,5 Prozent sind laut Statistik Austria armutsgefährdet. Das ist ein Alarmsignal.“ Der Handlungsdruck steige, doch der Ausbau inklusiver Strukturen stagniere seit Jahren, kritisierte die Caritas-Generalsekretärin.

Berufliche Inklusion – auch von Menschen mit höherem Assistenzbedarf – sei möglich, betonten die Organisationen. Doch es brauche entsprechende Unterstützung und Begleitung sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Arbeitgeber, denn aktuell seien nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderungen in Österreich erwerbstätig.

Der Übergang aus einer Tagesstruktur oder aus der Schule in den regulären Arbeitsmarkt gelinge vielen Menschen mit Behinderungen ohne eine solche in der Regel nicht. Dabei

wollten Menschen mit Behinderungen selbstständig leben und arbeiten, und viele Unternehmen in Österreich hätten bereits bewiesen, dass Inklusion am Arbeitsmarkt gelingt, betonte Parr.

Kürzungen „volkswirtschaftlich kurzsichtig“

Kürzungen bei Qualifizierung, Vermittlung und Arbeitsassistenz seien nicht nur „sozial falsch – sie sind auch volkswirtschaftlich kurzsichtig und kosten uns als Gesellschaft mehr“, appellierte Parr an Bund und Länder, angesichts der aktuellen Budgetpläne für 2027/28 keinesfalls bei Menschen mit Behinderungen zu sparen. Weniger Unterstützung bedeute weniger Chancen, mehr Arbeitslosigkeit – und letztlich höhere Folgekosten. Teilhabe dürfe nicht vom Budget abhängen.

„Jeder in berufliche Teilhabe und inklusive Berufsbildung investierte Euro schafft Chancen, fördert Selbstbestimmung und stärkt nachhaltig Wirtschaft, Gesellschaft und Menschen mit Behinderungen“, betonte Philippe Narval, Generalsekretär der Lebenshilfe Österreich und Mitinitiator des Bündnisses.

Inklusiver Arbeitsmarkt „Notwendigkeit“

„Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Statt Sonderstrukturen braucht es reguläre Beschäftigung“, erklärte Andreas Jesse, Vorstand des Dachverbands Berufliche Inklusion-Austria (dabei-austria). NEBA-Angebote (Leistungen der Beruflichen Assistenz) und andere arbeitsmarktpolitische Projekte, finanziert durch Bund und Länder, zeigten, dass mit gezielter Unterstützung die Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt gelinge.

Forderungen

Konkret fordert das neue „Bündnis Chancenreich“ eine von Konjunkturschwankungen unabhängige Finanzierung sowie den Stopp von Kürzungen bei Programmen zur Qualifizierung, Vermittlung und Begleitung von Menschen mit Behinderung. Dazu zähle die Absicherung und Stärkung des Ausgleichstaxfonds (ATF), ein zentrales Instrument zur Finanzierung beruflicher Inklusion und beruflicher Assistenz am Arbeitsplatz. Er sorge für 210 Projekte und rund 110.000 unterstützte Menschen pro Jahr, erklärte Caritas-Generalsekretärin Parr.

Die Bundesregierung habe für ihre Budgetzuschüsse zum ATF zwar zusätzliche Mittel in Aussicht gestellt, diese sollen aber laut aktuellem Budgetpfad drastisch abnehmen, kritisierte Parr: „Von 65 Millionen Euro in diesem Jahr auf nur mehr 15 Millionen im Jahr 2029. Das entspricht einem Rückgang um rund drei Viertel.“

Gleiche Chancen für alle

Zudem brauche es gleiche Chancen für alle. Viele Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf würden heute nur für ein Taschengeld arbeiten und hätten kaum Zugang zu regulärer Beschäftigung. Nur in vier Bundesländern gäbe es Angebote zur beruflichen Inklusion für diese Gruppe, so die Kritik der Organisationen. Diese Angebote müssten überall im Land zur Verfügung stehen. Auch bräuchten diese Menschen ein Rückkehrrecht in Tagesstrukturen, damit Arbeitsversuche und Übergänge in bezahlte Beschäftigung ohne Existenzangst möglich seien.

Inklusive Bildung

Außerdem brauche es eine politische Schwerpunktsetzung auf inklusive Bildung und Berufsausbildung. Sie sei die Grundlage für spätere Teilhabe am Arbeitsleben. Fehlende Ressourcen, unzureichender Zugang zu Schulassistenz und Ausgrenzung erschweren den späteren Einstieg in die Erwerbsarbeit.

Unter dem Dach des neuen Bündnisses sind neben der Caritas, Diakonie und Volkshilfe der Dachverband Berufliche Inklusion-Austria (dabei-austria), KOBV Österreich, ÖZIV und Zero Project sowie Großkonzerne, KMUs und kleine Betriebe vertreten. Zu den beteiligten Unternehmen zählen etwa Ikea Österreich, Interspar, Post AG, Primark, Betonwerk Jungwirth, Rewe Group und Uniq.

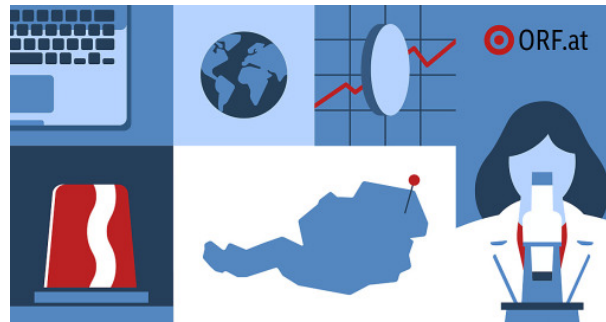
red, religion.ORF.at/KAP

Das neue „Bündnis Chancenreich“ hat am Montag Forderungen an die Politik präsentiert

Quelle	orf.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://religion.orf.at/stories/3235363/
Reichweite	2.058.458
Engagement	-

NGOs und Unternehmen warnen vor Kürzungen bei Inklusion

Ein neues Bündnis von Sozialorganisationen und Unternehmen warnt vor Kürzungen bei Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt.



Nötig sei eine verlässliche Finanzierung der bestehenden Strukturen, die Absicherung des Ausgleichstaxfonds (ATF), der Mittel zur beruflichen Inklusion bereitstellt, und eine Stärkung inklusiver Bildung, forderte das „Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt – Chancenreich“ heute bei einer Pressekonferenz in Wien.

Dem Bündnis gehören neben zahlreichen Sozialorganisationen auch eine Reihe von Unternehmen an, die bereits Personen mit Behinderung beschäftigen – darunter große wie IKEA, Interspar, die REWE-Gruppe, Post und Kapsch TrafficCom. Ins Leben gerufen wurde die Initiative vom Generalsekretär der Lebenshilfe, Philippe Narval.

Caritas warnt vor mehr Arbeitslosigkeit

Kürzungen bei Qualifizierung, Vermittlung und Begleitung von Menschen mit Behinderung sowie bei der persönlichen Assistenz wären nicht nur sozial falsch, sondern auch volkswirtschaftlich nicht sinnvoll und kurzsichtig, warnte Caritas-Generalsekretärin Anna Parr. Die Folge wären mehr Arbeitslosigkeit und höhere Kosten für die Zukunft.

Besonders wichtig sei daher die Absicherung und Stärkung des Ausgleichstaxfonds, der zum Teil aus Ausgleichszahlungen von Unternehmen, die die Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderung nicht erfüllen, gespeist wird. Der Bundeszuschuss von derzeit 65 Mio. Euro jährlich solle dem Vernehmen nach bis 2029 auf 15 Mio. Euro gekürzt werden, das dürfe nicht passieren, so Parr.

Nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderung sind aktuell erwerbstätig und diese seien mehr als doppelt so oft arbeitslos. Ein inklusiver Arbeitsmarkt sei kein Sozialprojekt, sondern eine Frage der Gerechtigkeit und eine Frage der Vernunft, sagte Andreas Jesse vom Dachverband Berufliche Inklusion Austria (dabei-austria).

red, ORF.at/ Agenturen

Quelle	orf.at
Typ	News Site

Pressespiegel

Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://orf.at/stories/3428746/
Reichweite	2.058.458
Engagement	-

Erstes Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt: Unternehmen und NGOs vereinen ihre Kräfte

Wien (OTS) - Anlässlich des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 5.

Mai setzen führende Sozialorganisationen und Unternehmen ein starkes Signal für mehr gesellschaftliche Teilhabe. Sie gründen das erste, österreichweite „Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt – Chancenreich“. Ihr gemeinsames Ziel: Inklusion am Arbeitsmarkt zur österreichweiten Selbstverständlichkeit zu machen.

Unter dem Dach des neuen Bündnisses vereinen sich Organisationen und Dachverbände wie Caritas Österreich, Dachverband Berufliche Inklusion-Austria (dabei-austria), Diakonie Österreich, KOBV Österreich, Lebenshilfe Österreich, ÖZIV und Zero Project mit Unternehmen – Großkonzerne, KMUs und kleine Betriebe – wie Betonwerk Jungwirth, IKEA Österreich, Interspar, Kapsch TrafficCom, Post AG, Primark, Sedlak Bau, Stimpfl Textil Care, tristar Hotels, MyAbility, Responsible Annotation, REWE Group, UNIQA, Wesenufer Hotel, Würth Hohenburger. Allesamt stellen Menschen mit Behinderungen an. Deren konkrete Lebensgeschichten und Fallbeispiele zeigen: Berufliche Inklusion – auch von Menschen mit höherem Assistenzbedarf – ist möglich, doch es braucht entsprechende Unterstützung und Begleitung, denn aktuell sind nur 15 % der Menschen mit Behinderungen in Österreich erwerbstätig. Kürzungen in diesem Bereich sind der falsche Weg.

Inklusion am Arbeitsmarkt – ein Mehrwert für alle

Menschen mit Behinderungen wollen selbstständig leben und arbeiten. Philippe Narval, Generalsekretär der Lebenshilfe Österreich und Mitinitiator des Bündnisses, bringt es auf den Punkt: „Jeder in berufliche Teilhabe und inklusive Berufsbildung investierte Euro schafft Chancen, fördert Selbstbestimmung und stärkt nachhaltig Wirtschaft, Gesellschaft und Menschen mit Behinderungen. Lohn statt Taschengeld muss Realität werden!“

Zahlreiche Unternehmen in unterschiedlichsten Branchen schätzen Menschen mit Behinderungen als wertvolle Teammitglieder. So wie Lina Kasapoglu, Inhaberin des Café Insieme in der Stadtgalerie in Schwaz in Tirol. Sie hat sich dazu entschieden, Verena Köll, eine Frau mit intellektueller Behinderung, in ihrem Betrieb anzustellen, und betont: „Jeder Mensch hat eine Probezeit verdient. Wenn ich jetzt die Verena sehe, sehe ich einen anderen Menschen. Sie ist hineingewachsen in den Job, aber sie hat die Zeit und vor allem die Begleitung am Anfang gebraucht. Menschen mit Behinderungen wollen ihr eigenes Geld verdienen und sind stolz darauf.“

Für Verena Köll, die vom inklusiven Restaurant Pippilotta – einem Ausbildungsbetrieb – auf den regulären Arbeitsmarkt in das Café gewechselt ist, sind vor allem der Lohn und die damit einhergehende Selbstständigkeit zentrale Faktoren: „Mein Leben hat sich total verändert. Das Wichtigste ist, ich kann mit der Bankomatkarte zum Bankomaten gehen. Für mich ist das die größte Veränderung. Aber auch die Ausbildung in der Pippilotta in Innsbruck war wichtig für mich; dort habe ich Selbstvertrauen gewonnen.“

Erfolgreiche Inklusion braucht professionelle Begleitung

Der Übergang aus einer Tagesstruktur oder aus der Schule in den regulären Arbeitsmarkt gelingt vielen Menschen mit Behinderungen in der Regel nicht ohne gezielte Unterstützung. Entscheidend ist eine professionelle Begleitung, sowohl für die Arbeitnehmer:innen als auch für die Arbeitgeber:innen. Sozialorganisationen in ganz Österreich unterstützen bei der Einarbeitung, begleiten bei Herausforderungen im Arbeitsalltag und stehen langfristig mit kompetenten Ansprechpersonen zur Verfügung.

„Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Statt Sonderstrukturen braucht es reguläre Beschäftigung. NEBA-Angebote und andere arbeitsmarktpolitische Projekte, finanziert durch Bund und Länder, zeigen: Mit gezielter Unterstützung gelingt Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt – im Interesse von Menschen, Wirtschaft und Gesellschaft.“ Andreas Jesse, Vorstand Dachverband Berufliche Inklusion-Austria (dabei-austria)

Was jetzt zu tun ist

Trotz positiver Beispiele – Lebensgeschichten und Videos finden sich auf www.chancenreich.at – sind Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt nach wie vor strukturell benachteiligt. Ihre Arbeitslosenquote liegt deutlich über dem Durchschnitt, ihre Beschäftigungschancen sind erheblich geringer.

„Dass Menschen mit Behinderungen deutlich stärker von Armut bedroht sind als die Durchschnittsbevölkerung, ist ein klares Alarmsignal: In unserer Gesellschaft haben nicht alle die gleichen Chancen. Die Zahlen und die Erfahrungen Betroffener zeigen deutlich, dass Österreich im Sinne der Menschenrechte noch erhebliche Anstrengungen unternehmen muss, um einen wirklich inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen“, betont Anna Parr, Generalsekretärin der Caritas Österreich.

Die folgenden Forderungen des Bündnisses für Inklusion am Arbeitsmarkt werden am 5. Mai 2026 an die Bundesregierung und die Landesregierungen gestellt:

Stabil finanzieren statt kürzen

Berufliche Inklusion braucht eine verlässliche, von Konjunkturschwankungen unabhängige Finanzierung. Kürzungen bei Programmen zur Qualifizierung, Vermittlung und Begleitung von Menschen mit Behinderung sind teuer, weil sie Arbeitslosigkeit, Armutsrisiken und Folgekosten erhöhen.

Ausgleichstaxfonds sichern

Der Ausgleichstaxfonds (ATF) ist ein zentrales Instrument zur Finanzierung beruflicher Inklusion und beruflicher Assistenz am Arbeitsplatz. Er muss langfristig abgesichert und ausreichend dotiert sein.

Gleiche Chancen für alle

Viele Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf arbeiten heute nur für ein Taschengeld und haben kaum Zugang zu regulärer Beschäftigung. Nur in vier Bundesländern gibt es Angebote zur beruflichen Inklusion für diese Gruppe. Diese Angebote müssen überall im Land zur Verfügung stehen. Auch brauchen diese Menschen

ein Rückkehrrecht in Tagesstrukturen, damit Arbeitsversuche und Übergänge in bezahlte Beschäftigung ohne Existenzangst möglich sind.

Inklusive Bildung und Ausbildung als Fundament

Eine inklusive Schule und Berufsausbildung ist die Grundlage für spätere Teilhabe am Arbeitsleben. Fehlende Ressourcen, unzureichender Zugang zu Schulassistenz und Ausgrenzung erschweren den späteren Einstieg in die Erwerbsarbeit. Es braucht eine politische Schwerpunktsetzung auf inklusive Bildung und Berufsausbildung.

Links:

Chancenreich Website

Fotos (Pressekonferenz)

Rückfragen & Kontakt

Lebenshilfe Österreich

Hannah Dobler, MSc (WU)

Telefon: +43 660 98 01 359

E-Mail: dobler@lebenshilfe.at

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT | LBH

Quelle	ots.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20260504_OTSO074/erstes-buendnis-fuer-inklusion-am-arbeitsmarkt-unternehmen-und-ngos-vereinen-ihre-kraefte
Reichweite	27.497
Engagement	-

NGOs und Unternehmen warnen vor Kürzungen bei Inklusion

Veröffentlicht: von Agenturen Ein neues Bündnis von Sozialorganisationen und Unternehmen warnt vor Kürzungen bei Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt.



Menschen mit Behinderung haben es schwer am Arbeitsmarkt
Bild: APA/APA/THEMENBILD/HARALD SCHNEIDER



Nötig sei eine verlässliche Finanzierung der bestehenden Strukturen, die Absicherung des Ausgleichstaxfonds (ATF), der Mittel zur beruflichen Inklusion bereitstellt, und eine Stärkung inklusiver Bildung, forderte das "Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt - Chancenreich" am Montag bei einer Pressekonferenz in Wien.

Dem Bündnis gehören neben zahlreichen Sozialorganisationen auch eine Reihe von Unternehmen an, die bereits Personen mit Behinderung beschäftigen - darunter große wie IKEA, Interspar, die REWE-Gruppe, Post und Kapsch TrafficCom. Viele österreichische Unternehmen und Betriebe seien sehr offen dafür, Menschen mit Behinderung anzustellen. Damit dies auch gelingt, brauche es aber entsprechende Unterstützung und Begleitung, sagte der Generalsekretär der Lebenshilfe, Philippe Narval, der die Initiative ins Leben gerufen hat. Gemeinsam wolle man daher den Appell an Bundesregierung und Landeshauptleute richten, dass es keine Einsparungen in dem Bereich geben dürfe.

"Kürzungen wären sozial und volkswirtschaftlich falsch"

Kürzungen bei Qualifizierung, Vermittlung und Begleitung von Menschen mit Behinderung sowie bei der persönlichen Assistenz wären nicht nur sozial falsch, sondern auch volkswirtschaftlich nicht sinnvoll und kurzsichtig, warnte Caritas-Generalsekretärin Anna Parr. Die Folge wären mehr Arbeitslosigkeit und höhere Kosten für die Zukunft. Besonders wichtig sei daher die Absicherung und Stärkung des Ausgleichstaxfonds, der zum Teil aus Ausgleichszahlungen von Unternehmen, die die Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderung nicht erfüllen, gespeist wird. Der Bundeszuschuss von derzeit 65 Mio. Euro jährlich solle dem Vernehmen nach bis 2029 auf 15 Mio. Euro gekürzt werden, das dürfe nicht passieren, so Parr.

Nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderung sind aktuell erwerbstätig und diese seien mehr als doppelt so oft arbeitslos. Ein inklusiver Arbeitsmarkt sei kein Sozialprojekt, sondern eine Frage der Gerechtigkeit und eine Frage der Vernunft, meinte Andreas Jesse vom Dachverband Berufliche Inklusion Austria (dabei-austria). Fähigkeiten würden sonst ungenützt bleiben und Menschen systematisch benachteiligt.

Nötig sei außerdem eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen Regelungen in den neun Bundesländern, forderte Narval. Nur in vier Bundesländern gebe es Angebote zur beruflichen Inklusion von Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf, diese seien überall nötig. Zudem brauche es ein Rückkehrrecht in Tagesstrukturen, falls der Übergang in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis nicht klappt.

(S E R V I C E - <https://chancenreich.at>)

Menschen mit Behinderung haben es schwer am Arbeitsmarkt Bild: APA/APA/THEMENBILD/HARALD SCHNEIDER

Quelle	puls24.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://news.joyn.at/themen/joynnews/ngos-und-unternehmen-warnen-vor-kuerzungen-bei-inklusion-119107
Reichweite	42.144
Engagement	-

sn.at vom 04.05.2026

NGOs und Unternehmen warnen vor Kürzungen bei Inklusion

Ein neues Bündnis von Sozialorganisationen und Unternehmen warnt vor Kürzungen bei Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt.



Nötig sei eine verlässliche Finanzierung der bestehenden Strukturen, die Absicherung des Ausgleichstaxfonds (ATF), der Mittel zur beruflichen Inklusion bereitstellt, und eine Stärkung inklusiver Bildung, forderte das "Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt - Chancenreich" am Montag bei einer Pressekonferenz in Wien.

Dem Bündnis gehören neben zahlreichen Sozialorganisationen auch eine Reihe von Unternehmen an, die bereits Personen mit Behinderung beschäftigen - darunter große wie IKEA, Interspar, die REWE-Gruppe, Post und Kapsch TrafficCom. Viele österreichische Unternehmen und Betriebe seien sehr offen dafür, Menschen mit Behinderung anzustellen. Damit dies auch gelingt, brauche es aber entsprechende Unterstützung und Begleitung, sagte der Generalsekretär der Lebenshilfe, Philippe Narval, der die Initiative ins Leben gerufen hat. Gemeinsam wolle man daher den Appell an Bundesregierung und Landeshauptleute richten, dass es keine Einsparungen in dem Bereich geben dürfe.

"Kürzungen wären sozial und volkswirtschaftlich falsch"

Kürzungen bei Qualifizierung, Vermittlung und Begleitung von Menschen mit Behinderung sowie bei der persönlichen Assistenz wären nicht nur sozial falsch, sondern auch volkswirtschaftlich nicht sinnvoll und kurzfristig, warnte Caritas-Generalsekretärin Anna Parr. Die Folge wären mehr Arbeitslosigkeit und höhere Kosten für die Zukunft.

Besonders wichtig sei daher die Absicherung und Stärkung des Ausgleichstaxfonds, der zum Teil aus Ausgleichszahlungen von Unternehmen, die die Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderung nicht erfüllen, gespeist wird. Der Bundeszuschuss von derzeit 65 Mio. Euro jährlich solle dem Vernehmen nach bis 2029 auf 15 Mio. Euro gekürzt werden, das dürfe nicht passieren, so Parr.

Nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderung sind aktuell erwerbstätig und diese seien mehr als doppelt so oft arbeitslos. Ein inklusiver Arbeitsmarkt sei kein Sozialprojekt, sondern eine Frage der Gerechtigkeit und eine Frage der Vernunft, meinte Andreas Jesse vom Dachverband Berufliche Inklusion Austria (dabei-austria). Fähigkeiten würden sonst ungenützt bleiben und Menschen systematisch benachteiligt.

Nötig sei außerdem eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen Regelungen in den neun Bundesländern, forderte Narval. Nur in vier Bundesländern gebe es Angebote zur beruflichen Inklusion von Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf, diese seien überall nötig. Zudem brauche es ein Rückkehrrecht in Tagesstrukturen, falls der Übergang in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis nicht klappt.

(S E R V I C E - <https://chancenreich.at>)

Quelle	sn.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.sn.at/politik/innenpolitik/ngos-und-unternehmen-warnen-vor-kuerzungen-bei-inklusion-art-649078
Reichweite	75.765
Engagement	-

top-news.at vom 04.05.2026

Erstes Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt: Unternehmen und NGOs vereinen ihre Kräfte

ANLÄSSLICH DES EUROPÄISCHEN PROTESTTAGS ZUR GLEICHSTELLUNG VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN AM 5.



MAI SETZEN FÜHRENDE SOZIALORGANISATIONEN UND UNTERNEHMEN EIN STARKES SIGNAL FÜR MEHR GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE. SIE GRÜNDEN DAS ERSTE, ÖSTERREICHWEITE „BÜNDNIS FÜR INKLUSION AM ARBEITSMARKT – CHANCENREICH“. IHR GEMEINSAMES ZIEL: INKLUSION AM ARBEITSMARKT ZUR ÖSTERREICHWEITEN SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT ZU MACHEN.

Unter dem Dach des neuen Bündnisses vereinen sich Organisationen und Dachverbände wie Caritas Österreich, Dachverband Berufliche Inklusion-Austria (dabei-austria), Diakonie Österreich, KOBV Österreich, Lebenshilfe Österreich, ÖZIV und Zero Project mit Unternehmen – Großkonzerne, KMUs und kleine Betriebe – wie Betonwerk Jungwirth, IKEA Österreich, Interspar, Kapsch TrafficCom, Post AG, Primark, Sedlak Bau, Stimpfl Textil Care, tristar Hotels, MyAbility, Responsible Annotation, REWE Group, UNIQA, Wesenufer Hotel, Würth Hochenburger. Allesamt stellen Menschen mit Behinderungen an. Deren konkrete Lebensgeschichten und Fallbeispiele zeigen: Berufliche Inklusion – auch von Menschen mit höherem Assistenzbedarf – ist möglich, doch es braucht entsprechende Unterstützung und Begleitung, denn aktuell sind nur 15 % der Menschen mit Behinderungen in Österreich erwerbstätig. Kürzungen in diesem Bereich sind der falsche Weg.

INKLUSION AM ARBEITSMARKT – EIN MEHRWERT FÜR ALLE

Menschen mit Behinderungen wollen selbstständig leben und arbeiten. Philippe Narval, Generalsekretär der Lebenshilfe Österreich und Mitinitiator des Bündnisses, bringt es auf den Punkt: „Jeder in berufliche Teilhabe und inklusive Berufsbildung investierte Euro schafft Chancen, fördert Selbstbestimmung und stärkt nachhaltig Wirtschaft, Gesellschaft und Menschen mit Behinderungen. Lohn statt Taschengeld muss Realität werden!“

Zahlreiche Unternehmen in unterschiedlichsten Branchen schätzen Menschen mit Behinderungen als wertvolle Teammitglieder. So wie Lina Kasapoglu, Inhaberin des Café

Insieme in der Stadtgalerie in Schwaz in Tirol. Sie hat sich dazu entschieden, Verena Köll, eine Frau mit intellektueller Behinderung, in ihrem Betrieb anzustellen, und betont: „Jeder Mensch hat eine Probezeit verdient. Wenn ich jetzt die Verena sehe, sehe ich einen anderen Menschen. Sie ist hineingewachsen in den Job, aber sie hat die Zeit und vor allem die Begleitung am Anfang gebraucht. Menschen mit Behinderungen wollen ihr eigenes Geld verdienen und sind stolz darauf.“

Für Verena Köll, die vom inklusiven Restaurant Pippilotta – einem Ausbildungsbetrieb – auf den regulären Arbeitsmarkt in das Café gewechselt ist, sind vor allem der Lohn und die damit einhergehende Selbstständigkeit zentrale Faktoren: „Mein Leben hat sich total verändert. Das Wichtigste ist, ich kann mit der Bankomatkarte zum Bankomaten gehen. Für mich ist das die größte Veränderung. Aber auch die Ausbildung in der Pippilotta in Innsbruck war wichtig für mich; dort habe ich Selbstvertrauen gewonnen.“

ERFOLGREICHE INKLUSION BRAUCHT PROFESSIONELLE BEGLEITUNG

Der Übergang aus einer Tagesstruktur oder aus der Schule in den regulären Arbeitsmarkt gelingt vielen Menschen mit Behinderungen in der Regel nicht ohne gezielte Unterstützung. Entscheidend ist eine professionelle Begleitung, sowohl für die Arbeitnehmer:innen als auch für die Arbeitgeber:innen. Sozialorganisationen in ganz Österreich unterstützen bei der Einarbeitung, begleiten bei Herausforderungen im Arbeitsalltag und stehen langfristig mit kompetenten Ansprechpersonen zur Verfügung.

„Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Statt Sonderstrukturen braucht es reguläre Beschäftigung. NEBA-Angebote und andere arbeitsmarktpolitische Projekte, finanziert durch Bund und Länder, zeigen: Mit gezielter Unterstützung gelingt Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt – im Interesse von Menschen, Wirtschaft und Gesellschaft.“ Andreas Jesse, Vorstand Dachverband Berufliche Inklusion-Austria (dabei-austria)

WAS JETZT ZU TUN IST

Trotz positiver Beispiele – Lebensgeschichten und Videos finden sich auf www.chancenreich.at – sind Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt nach wie vor strukturell benachteiligt. Ihre Arbeitslosenquote liegt deutlich über dem Durchschnitt, ihre Beschäftigungschancen sind erheblich geringer.

„Dass Menschen mit Behinderungen deutlich stärker von Armut bedroht sind als die Durchschnittsbevölkerung, ist ein klares Alarmsignal: In unserer Gesellschaft haben nicht alle die gleichen Chancen. Die Zahlen und die Erfahrungen Betroffener zeigen deutlich, dass Österreich im Sinne der Menschenrechte noch erhebliche Anstrengungen unternehmen muss, um einen wirklich inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen“, betont Anna Parr, Generalsekretärin der Caritas Österreich.

Die folgenden Forderungen des Bündnisses für Inklusion am Arbeitsmarkt werden am 5. Mai 2026 an die Bundesregierung und die Landesregierungen gestellt:

* STABIL FINANZIEREN STATT KÜRZEN

Lebenshilfe Österreich

Hannah Dobler, MSc (WU)

Telefon: +43 660 98 01 359

E-Mail: dobler@lebenshilfe.at

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS. www.ots.at

© Copyright APA-OTS Originaltext-Service GmbH und der jeweilige Aussender

Quelle	top-news.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.top-news.at/2026/05/04/erstes-buendnis-fuer-inklusion-am-arbeitsmarkt-unternehmen-und-ngos-vereinen-ihre-kraefte/
Reichweite	231
Engagement	-

NGOs und Unternehmen warnen vor Kürzungen bei Inklusion

Ein neues Bündnis von Sozialorganisationen und Unternehmen warnt vor Kürzungen bei Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt.



Menschen mit Behinderung haben es schwer am Arbeitsmarkt ©APA/THEMENBILD

Nötig sei eine verlässliche Finanzierung der bestehenden Strukturen, die Absicherung des Ausgleichstaxfonds (ATF), der Mittel zur beruflichen Inklusion bereitstellt, und eine Stärkung inklusiver Bildung, forderte das "Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt – Chancenreich" am Montag bei einer Pressekonferenz in Wien.

Anzeige

Dem Bündnis gehören neben zahlreichen Sozialorganisationen auch eine Reihe von Unternehmen an, die bereits Personen mit Behinderung beschäftigen – darunter große wie IKEA, Interspar, die REWE-Gruppe, Post und Kapsch TrafficCom. Viele österreichische Unternehmen und Betriebe seien sehr offen dafür, Menschen mit Behinderung anzustellen. Damit dies auch gelingt, brauche es aber entsprechende Unterstützung und Begleitung, sagte der Generalsekretär der Lebenshilfe, Philippe Narval, der die Initiative ins Leben gerufen hat. Gemeinsam wolle man daher den Appell an Bundesregierung und Landeshauptleute richten, dass es keine Einsparungen in dem Bereich geben dürfe.

"Kürzungen wären sozial und volkswirtschaftlich falsch"

Kürzungen bei Qualifizierung, Vermittlung und Begleitung von Menschen mit Behinderung sowie bei der persönlichen Assistenz wären nicht nur sozial falsch, sondern auch volkswirtschaftlich nicht sinnvoll und kurzsichtig, warnte Caritas-Generalsekretärin Anna Parr. Die Folge wären mehr Arbeitslosigkeit und höhere Kosten für die Zukunft. Besonders wichtig sei daher die Absicherung und Stärkung des Ausgleichstaxfonds, der zum Teil aus Ausgleichszahlungen von Unternehmen, die die Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderung nicht erfüllen, gespeist wird. Der Bundeszuschuss von derzeit 65 Mio. Euro jährlich solle dem Vernehmen nach bis 2029 auf 15 Mio. Euro gekürzt werden, das dürfe nicht passieren, so Parr.

Nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderung sind aktuell erwerbstätig und diese seien mehr als doppelt so oft arbeitslos. Ein inklusiver Arbeitsmarkt sei kein Sozialprojekt,

sondern eine Frage der Gerechtigkeit und eine Frage der Vernunft, meinte Andreas Jesse vom Dachverband Berufliche Inklusion Austria (dabei-austria). Fähigkeiten würden sonst ungenützt bleiben und Menschen systematisch benachteiligt.

Nötig sei außerdem eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen Regelungen in den neun Bundesländern, forderte Narval. Nur in vier Bundesländern gebe es Angebote zur beruflichen Inklusion von Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf, diese seien überall nötig. Zudem brauche es ein Rückkehrrecht in Tagesstrukturen, falls der Übergang in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis nicht klappt.

ÖGB fordert "faire Entlohnung" in Werkstätten

Der Gewerkschaftsbund (ÖGB) schloss sich den Forderungen anlässlich des Tags der Inklusion am 5. Mai an. Kürzungen beim Ausgleichsfonds würden Fortschritte bei der Inklusion gefährden, hieß es am Montag in einer Aussendung. Vielmehr müsse die Ausgleichstaxe für Betriebe "deutlich erhöht" werden, forderte der ÖGB. Außerdem sollten Menschen mit Behinderung in Werkstätten "fair" entlohnt werden, Arbeit sei der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe.

"Autonomie, Selbstbestimmung sowie soziale und politische Teilhabe dürfen kein Privileg jener sein, die sich das selbst und ohne staatliche Unterstützung leisten können", betonte auch Volksanwalt Bernhard Achitz (SPÖ) per Pressemitteilung. Die Politik müsse das im Blick haben und an der Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention arbeiten. Kritik an den Budgetplänen der Bundesregierung kam von der Behindertenanwaltschaft. Menschen mit Behinderungen dürften nicht überproportional von Einsparungen betroffen sein, hieß es. Gleichstellung brauche verbindliche Finanzierung.

(S E R V I C E –)

(APA)

Menschen mit Behinderung haben es schwer am Arbeitsmarkt ©APA/THEMENBILD

Quelle	vienna.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.vienna.at/ngos-und-unternehmen-warnen-vor-kuerzungen-bei-inklusion/10148675
Reichweite	64.225
Engagement	-

NGOs und Unternehmen warnen vor Kürzungen bei Inklusion

Ein neues Bündnis von Sozialorganisationen und Unternehmen warnt vor Kürzungen bei Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt. Nötig sei eine verlässliche Finanzierung der bestehenden Strukturen, die Absicherung des Ausgleichstaxfonds (ATF), der Mittel zur beruflichen Inklusion bereitstellt, und eine Stärkung inklusiver Bildung, forderte das "Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt – Chancenreich" am Montag bei einer Pressekonferenz in Wien.



Menschen mit Behinderung haben es schwer am Arbeitsmarkt ©APA/THEMENBILD

Dem Bündnis gehören neben zahlreichen Sozialorganisationen auch eine Reihe von Unternehmen an, die bereits Personen mit Behinderung beschäftigen – darunter große wie IKEA, Interspar, die REWE-Gruppe, Post und Kapsch TrafficCom. Viele österreichische Unternehmen und Betriebe seien sehr offen dafür, Menschen mit Behinderung anzustellen. Damit dies auch gelingt, brauche es aber entsprechende Unterstützung und Begleitung, sagte der Generalsekretär der Lebenshilfe, Philippe Narval, der die Initiative ins Leben gerufen hat. Gemeinsam wolle man daher den Appell an Bundesregierung und Landeshauptleute richten, dass es keine Einsparungen in dem Bereich geben dürfe.

"Kürzungen wären sozial und volkswirtschaftlich falsch"

Kürzungen bei Qualifizierung, Vermittlung und Begleitung von Menschen mit Behinderung sowie bei der persönlichen Assistenz wären nicht nur sozial falsch, sondern auch volkswirtschaftlich nicht sinnvoll und kurzsichtig, warnte Caritas-Generalsekretärin Anna Parr. Die Folge wären mehr Arbeitslosigkeit und höhere Kosten für die Zukunft. Besonders wichtig sei daher die Absicherung und Stärkung des Ausgleichstaxfonds, der zum Teil aus Ausgleichszahlungen von Unternehmen, die die Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderung nicht erfüllen, gespeist wird. Der Bundeszuschuss von derzeit 65 Mio. Euro jährlich solle dem Vernehmen nach bis 2029 auf 15 Mio. Euro gekürzt werden, das dürfe nicht passieren, so Parr.

Nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderung sind aktuell erwerbstätig und diese seien mehr als doppelt so oft arbeitslos. Ein inklusiver Arbeitsmarkt sei kein Sozialprojekt, sondern eine Frage der Gerechtigkeit und eine Frage der Vernunft, meinte Andreas Jesse

vom Dachverband Berufliche Inklusion Austria (dabei-austria). Fähigkeiten würden sonst ungenützt bleiben und Menschen systematisch benachteiligt.

Nötig sei außerdem eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen Regelungen in den neun Bundesländern, forderte Narval. Nur in vier Bundesländern gebe es Angebote zur beruflichen Inklusion von Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf, diese seien überall nötig. Zudem brauche es ein Rückkehrrecht in Tagesstrukturen, falls der Übergang in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis nicht klappt.

ÖGB fordert "faire Entlohnung" in Werkstätten

Der Gewerkschaftsbund (ÖGB) schloss sich den Forderungen anlässlich des Tags der Inklusion am 5. Mai an. Kürzungen beim Ausgleichsfonds würden Fortschritte bei der Inklusion gefährden, hieß es am Montag in einer Aussendung. Vielmehr müsse die Ausgleichstaxe für Betriebe "deutlich erhöht" werden, forderte der ÖGB. Außerdem sollten Menschen mit Behinderung in Werkstätten "fair" entlohnt werden, Arbeit sei der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe.

"Autonomie, Selbstbestimmung sowie soziale und politische Teilhabe dürfen kein Privileg jener sein, die sich das selbst und ohne staatliche Unterstützung leisten können", betonte auch Volksanwalt Bernhard Achitz (SPÖ) per Pressemitteilung. Die Politik müsse das im Blick haben und an der Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention arbeiten. Kritik an den Budgetplänen der Bundesregierung kam von der Behindertenanwaltschaft. Menschen mit Behinderungen dürften nicht überproportional von Einsparungen betroffen sein, hieß es. Gleichstellung brauche verbindliche Finanzierung.

(S E R V I C E –)

Menschen mit Behinderung haben es schwer am Arbeitsmarkt ©APA/THEMENBILD

Quelle	vol.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.vol.at/ngos-und-unternehmen-warnen-vor-kuerzungen-bei-inklusion/10148675
Reichweite	244.978
Engagement	-

„Lohn statt Taschengeld muss Realität werden!“

Anlässlich des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung am 5. Mai gründeten Sozialorganisationen und Unternehmen das erste, österreichweite „Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt – Chancenreich“.



Der 5. Mai ist der offizielle Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – oder Tag der Inklusion. Zu diesem Anlass setzen führende Sozialorganisationen und Unternehmen ein starkes Signal für mehr gesellschaftliche Teilhabe – mit dem Ziel: Inklusion am Arbeitsmarkt zur Selbstverständlichkeit zu machen, denn Menschen mit Behinderungen wollen selbstständig leben und arbeiten.

Mit dem neuen Bündnis vereinen Organisationen, Dachverbände, Unternehmen und NGOs ihre Kräfte. Alle von ihnen stellen Menschen mit Behinderungen an. Deren konkrete Fallbeispiele zeigen: Berufliche Inklusion ist auch für Menschen mit höherem Assistenzbedarf möglich, doch es braucht entsprechende Unterstützung und Begleitung. Aktuell sind nur 15 Prozent der Menschen mit Behinderungen in Österreich erwerbstätig.

„Jeder in berufliche Teilhabe und inklusive Berufsbildung investierte Euro schafft Chancen, fördert Selbstbestimmung und stärkt nachhaltig Wirtschaft, Gesellschaft und Menschen mit Behinderungen. Lohn statt Taschengeld muss Realität werden!“

Ein Mehrwert für alle

Philippe Narval, Generalsekretär der Lebenshilfe Österreich und Mitinitiator des Bündnisses, bringt es auf den Punkt: „Jeder in berufliche Teilhabe und inklusive Berufsbildung investierte Euro schafft Chancen, fördert Selbstbestimmung und stärkt nachhaltig Wirtschaft, Gesellschaft und Menschen mit Behinderungen. Lohn statt Taschengeld muss Realität werden!“ Zahlreiche Unternehmen schätzen Menschen mit Behinderungen als wertvolle Teammitglieder.

So wie Lina Kasapoglu, Inhaberin des Café Insieme in der Stadtgalerie in Schwaz in Tirol. Sie hat sich dazu entschieden, Verena Köll, eine Frau mit intellektueller Behinderung, in ihrem Betrieb anzustellen, und betont: „Jeder Mensch hat eine Probezeit verdient. Wenn ich jetzt die Verena sehe, sehe ich einen anderen Menschen. Sie ist hineingewachsen in den Job, aber sie hat die Zeit und vor allem die Begleitung am Anfang gebraucht. Menschen mit Behinderungen wollen ihr eigenes Geld verdienen und sind stolz darauf.“ Für Verena Köll, die vom inklusiven Restaurant Pippilotta – einem Ausbildungsbetrieb –

auf den regulären Arbeitsmarkt in das Café gewechselt ist, sind vor allem der Lohn und die damit einhergehende Selbstständigkeit zentrale Faktoren: „Mein Leben hat sich total verändert. Das Wichtigste ist, ich kann mit der Bankomatkarte zum Bankomaten gehen. Für mich ist das die größte Veränderung. Aber auch die Ausbildung in der Pippilotta in Innsbruck war wichtig für mich; dort habe ich Selbstvertrauen gewonnen.“

Professionelle Begleitung

Vielen Menschen mit Behinderungen gelingt der Übergang aus einer Tagesstruktur oder der Schule in den regulären Arbeitsmarkt nicht ohne gezielte Unterstützung. Entscheidend ist eine professionelle Begleitung für die Arbeitnehmer:innen und die Arbeitgeber:innen. Sozialorganisationen unterstützen bei der Einarbeitung, begleiten bei Herausforderungen im Arbeitsalltag und stehen langfristig mit kompetenten Ansprechpersonen zur Verfügung. „Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Statt Sonderstrukturen braucht es reguläre Beschäftigung. NEBA-Angebote des Bundes und andere arbeitsmarktpolitische Projekte, finanziert durch die Länder, zeigen: Mit gezielter Unterstützung gelingt Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt – im Interesse von Menschen, Wirtschaft und Gesellschaft,“ sagt Andreas Jesse, Vorstand Dachverbands Berufliche Inklusion-Austria (dabei-austria)

Strukturelle Benachteiligung

Menschen mit Behinderungen sind am Arbeitsmarkt nach wie vor strukturell benachteiligt. Ihre Arbeitslosenquote liegt deutlich über dem Durchschnitt und ihre Beschäftigungschancen sind erheblich geringer. „Dass Menschen mit Behinderungen deutlich stärker von Armut bedroht sind als die Durchschnittsbevölkerung, ist ein klares Alarmsignal: In unserer Gesellschaft haben nicht alle die gleichen Chancen. Die Zahlen und die Erfahrungen Betroffener zeigen deutlich, dass Österreich im Sinne der Menschenrechte noch erhebliche Anstrengungen unternehmen muss, um einen wirklich inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen“, betont Anna Parr, Generalsekretärin der Caritas Österreich.

Deshalb fordert das Bündnis stabile Finanzierungen, einen gesicherten Ausgleichstaxfonds, gleiche Chancen für alle und inklusive Bildung und Ausbildung als Fundament. Die Forderungen wurden am 5. Mai 2026 an die Bundesregierung gestellt.

Gemeinsam für Inklusion

Unter dem Dach des neuen Bündnisses vereinen sich Organisationen und Dachverbände wie Caritas Österreich, Dachverband Berufliche Inklusion-Austria (dabei-austria), Diakonie Österreich, KOBV Österreich, Lebenshilfe Österreich, ÖZIV und Zero Project mit Unternehmen – Großkonzerne, KMUs und kleine Betriebe – wie Betonwerk Jungwirth, IKEA Österreich, Interspar, Kapsch TrafficCom, Post AG, Primark, Sedlak Bau, Stimpfl Textil Care, tristar Hotels, MyAbility, Responsible Annotation, REWE Group, UNIQA, Wesenufer Hotel und Würth Hohenburger.

© Bündnis Chancenreich / © Lebenshilfe Tirol

WISSENSWERT

„Bündnis für Inklusion am Arbeitsmarkt – Chancenreich“ Auf der Webseite Chancenreich finden Sie positive Beispiele, Lebensgeschichten und Videos,

sowie mehr Informationen zum Bündnis und den Forderungen.

www.chancenreich.at

Die Forderungen im Detail

Stabil finanzieren statt kürzen.

Berufliche Inklusion braucht eine verlässliche, von Konjunkturschwankungen unabhängige Finanzierung. Kürzungen bei Programmen zur Qualifizierung, Vermittlung und Begleitung von Menschen mit Behinderung sind teuer, weil sie Arbeitslosigkeit, Armutsrisiken und Folgekosten erhöhen

Ausgleichstaxfonds sichern

Der Ausgleichstaxfonds (ATF) ist ein zentrales Instrument zur Finanzierung beruflicher Inklusion und beruflicher Assistenz am Arbeitsplatz. Er muss langfristig abgesichert und ausreichend dotiert sein.

Gleiche Chancen für alle. Viele Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf arbeiten heute nur für ein Taschengeld und haben kaum Zugang zu regulärer Beschäftigung. Nur in vier Bundesländern gibt es Angebote zur beruflichen Inklusion für diese Gruppe. Diese Angebote müssen überall im Land zur Verfügung stehen. Auch brauchen diese Menschen ein Rückkehrrecht in Tagesstrukturen, damit Arbeitsversuche und Übergänge in bezahlte Beschäftigung ohne Existenzangst möglich sind.

Inklusive Bildung und Ausbildung als Fundament. Eine inklusive Schule und Berufsausbildung ist die Grundlage für spätere Teilhabe am Arbeitsleben. Fehlende Ressourcen, unzureichender Zugang zu Schulassistenz und Ausgrenzung erschweren den späteren Einstieg in die Erwerbsarbeit. Es braucht eine politische Schwerpunktsetzung auf inklusive Bildung und Berufsausbildung.

Schlagwörter

Quelle	advantage.at
Typ	News Site
Land	AT
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.advantage.at/artikel/lohn-statt-taschengeld-muss-realitaet-werden
Reichweite	219
Engagement	-